

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY 274

Wien, am 1. September 1931.

Die Tätigkeit des Wiener Berufsberatungsamtes.

Bericht über das Jahr 1930.

Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer in Wien hat über seine Tätigkeit im Jahre 1930 einen Bericht veröffentlicht, der in der Form einer Broschüre im Selbstverlag der Kammer für Arbeiter und Angestellte erschienen ist. Die Broschüre enthält interessante und wertvolle Beiträge des Leiters und der Funktionäre des Berufsberatungsamtes, ferner statistisches Material und Bilder, die über die Lage auf dem Berufsmarkte wertvolle Aufschlüsse geben.

Naturgemäss war, wie der Leiter des Berufsberatungsamtes, Dr. Hans Pamperl in seiner Einleitung mitteilt, die Arbeit des Berufsberatungsamtes im vorigen Jahre durch das Ansteigen der wirtschaftlichen Krise sehr erschwert. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hätte sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkte im vorigen Jahre günstiger als früher stellen müssen, da zufolge der Geburtenrückgänge in den letzten Kriegsjahren mit einer geringeren Zahl von Schulentlassenen gerechnet werden konnte. Bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen hätte sich diese Annahme voraussichtlich auch erfüllt; tatsächlich führte aber die zunehmende wirtschaftliche Depression teils zum Zusammenbruch, teils zur Verkleinerung oder Verschmelzung vieler Unternehmungen und daher zu steigender Arbeitslosigkeit und einer weiteren Verringerung des Stellenangebotes für die schulmündig werdende Jugend, so dass selbst der verringerten Nachfrage ein im Verhältnis noch geringeres Angebot gegenüber stand. Das Stellenangebot blieb im Jahre 1930 um mehr als 1000 Lehrstellen hinter dem des Jahres 1929 zurück.

Trotz der schwierigen Verhältnisse, unter denen das Berufsberatungsamt im vorigen Jahre zu arbeiten hatte, ist der Ausbau des Tätigkeitsgebietes, der statistischen Arbeiten und der Arbeiten zur Erfassung immer neuer, am Berufsberatungsamt interessierter Schichten, vor allem der Jugendlichen, nicht verabsäumt worden. Anfangs März 1930 hat sich der Stadtschulrat über Anregung der Berufsberater entschlossen, die Führung von Berufsfragebogen für die am Schlusse des Schuljahres aus der Schulpflicht zu Entlassenden an den öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu verfügen. Trotzdem zur Ausfüllung dieser Bogen durch die Kinder, Lehr-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt.

Wien, am 1. September 1931.

kräfte, Schulärzte und Eltern nur verhältnismässig wenig Zeit zur Verfügung stand, war das Berufsberatungsamt dank einträchtigen Zusammenwirkens bis Mitte Mai im Besitze des gesamten, für die Berufsberatung überaus wertvollen Materials. Die auf Grund der versuchsweisen Einführung dieser Berufsfragebogen in einigen Wiener Schulen gesammelten Erfahrungen haben auch den erstrebten engeren Kontakt zwischen Schule und Berufsberatung zur Folge gehabt.

Neben der Herstellung berufskundlicher Bilder und Bilderreihen über Erzeugnisprozesse sind über Antrag des Stadtschulrates vom Berufsberatungsamt auch eine Reihe von Kursen und Fachkursen abgehalten worden. Der Kontakt mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen wurde aufrecht erhalten und zum Teile vertieft. Schliesslich wurde durch Anschläge in den Wiener Mittelschulen erreicht, dass auch die vor der Reifeprüfung stehende Jugend doch in ziemlich starkem Ausmass von den Einrichtungen des Berufsberatungsamtes Gebrauch machte; einzelne Mittelschulen haben sogar vom Berufsberatungsamt Referenten erbeten, um die vor der Reifeprüfung stehenden Schüler der Anstalt über die wesentlichsten Anforderungen und die Aussichten der verschiedenen akademischen Berufslaufbahnen und über die der Jugend auf Grund des Maturazeugnisses offenstehenden Berufsmöglichkeiten aufzuklären. Schliesslich wurden mit Zustimmung des Stadtschulrates für alle aus der Schule austretenden Knaben und Mädchen Werbeblätter zur Verteilung gebracht, die den Kindern gleichzeitig mit den Abgangszeugnissen eingehändigt wurden.

Insgesamt haben im vorigen Jahre 9280 Jugendliche, davon 5633 Knaben und 3647 Mädchen das Berufsberatungsamt besucht. Die grosse Mehrzahl von ihnen, nämlich 7554 kam aus der Bürger- oder Hauptschule; 746 Jugendliche kamen aus einer Mittelschule, 29 aus einer Hochschule, 207 aus einer Fachschule, 391 aus einer Landvolksschule, 135 aus einer Volks- und 204 aus einer Hilfs- oder Sonderschule. Insgesamt wurden beim Berufsberatungsamt 28.653 Vorsprachen, 14.279 Beratungen, 9385 ärztliche Untersuchungen und 2736 psychotechnische Prüfungen verzeichnet. Die Zahl der verfügbaren Lehrstellen betrug 6943, von welchen 2413 durch das Berufsberatungsamt vermittelt werden konnten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 275
KARL HONAY

Wien, am 2. September 1931.

Der Besuch der städtischen Sommerbäder.

Das schöne und heisse Wetter der ersten Hälfte der heurigen Badesaison hat trotz der grossen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlich schwierigen Lage der Bevölkerung einen ausserordentlich starken Besuch der städtischen Sommerbäder zur Folge gehabt. So wurden die städtischen Sommerbäder einschliesslich der Kinderfreibäder bis zum 6. August insgesamt von 2,393.765 Badegästen besucht; da im gleichen Zeitabschnitte des vorigen Jahres 2,261.907 Badegäste gezählt wurden, ist die Badefrequenz heuer also um rund 132.000 Badegäste gestiegen. Rechnet man von den städtischen Sommerbädern die Kinderfreibäder ab, so ergibt sich, dass die städtischen Sommerbäder, die heuer bis zum 6. August einen Besuch von 1,440.024 Badegästen verzeichneten, gegenüber dem gleichen Zeitabschnitte des Jahres 1930, in welchem 1,290.868 Besucher gezählt wurden, bereits um 150.000 Badegäste mehr hatten. Da die ganze Badesaison des Jahres 1930 insgesamt 1,766.980 Badegäste der städtischen Sommerbäder verzeichnete, sind im heurigen Sommer bis zum 6. August, also in rund 60 Prozent der Badesaison bereits mehr als 81 Prozent des vorjährigen Gesamtbesuches erreicht worden. Die grösste Zahl der Besucher hatte wieder das Schwimm- und Luftbad auf dem Kongressplatz mit 362.675 Badegästen, dann folgen das städtische Strandbad Gänschäufel mit 302.933, das Strandbad Alte Donau mit 185.360, das Strandbad Angelibad mit 115.835, das Strombad Aspernbrücke mit 94.168 und das neu ausgestaltete und vergrösserte Theresienbad mit 69.105 Badegästen.

Der Gesamtbesuch aller städtischen Bäder, also der Volksbäder, Dampf- und Wannenbäder und der Sommerbäder einschliesslich der Kinderfreibäder betrug in den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres 6,950.212 Badegäste gegenüber 6,945.122 Besuchern in den ersten sieben Monaten des vorigen Jahres. Das städtische Theresienbad in Meidling, hat infolge seiner Ausgestaltung, -das Sonnobad und die Liegeflächen wurden vergrössert, - eine Besuchssteigerung von rund 50 Prozent gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen; sein Besuch bis zum 6. August ist bereits um 25 Prozent höher, als der der ganzen vorjährigen Badesaison.

Sehr guten Besuch zeigten auch die an schönen warmen Abenden bis spät nachts geöffneten Badeanstalten am Kongressplatz und auf der Hohen Warte. Sie waren bis zum 6. August an vierzig Tagen bis zehn und elf Uhr nachts geöffnet. Im städtischen Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz betrug der Badebesuch in den Abendstunden rund 300 bis 2500 Besucher, im städtischen Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte 70 bis 500 Besucher. Auch das seit dem heurigen Jahre im städtischen Strombad Aspernbrücke eingeführte Nachtbad zeigt einen zunehmenden Besuch. In diesem verhältnismässig kleinen Bad, das insgesamt nur sechshundert Umkleidestellen hat, badeten in der Zeit zwischen acht und elf Uhr abends durchschnittlich 350 Badegäste.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 276
KARL HONAY

Wien, am 3. September 1931.

Arbeitsaufträge und Lieferungen für mehr als zweidreiviertel Millionen Schilling.

Die zuständigen Gemeinderatsausschüsse haben in ihren letzten Sitzungen neuerlich eine grosse Zahl von Arbeitsaufträgen und Bestellungen vergeben. Unter andern sind Bestellungen verschiedener Sandsorten um rund 900.000 Schilling, von Eichenbrettelböden um 870.000 Schilling, Normontischlerwaren um 349.800 Schilling und Glaserarbeiten um 136.700 Schilling vergeben worden. Für die Anschaffung von Gipsschlackenplatten ist ein Betrag von rund 150.000 Schilling vorgesehen, für Isolierungsarbeiten 65.600 Schilling, Zimmermannsarbeiten 63.000 Schilling, Malerarbeiten 40.000 Schilling, Plattenpflasterungsarbeiten 36.000 Schilling, Steinmetz- und Kunststeinarbeiten 28.800 Schilling, Fuhrwerksleistungen 38.400 Schilling, die Lieferung von Jalousien und Rollbalken rund 22.700 Schilling, Spenglerarbeiten 23.500 Schilling, Rohrkanalisierungsarbeiten 22.000 Schilling und für Schlosserarbeiten 19.800^{Schilling} Die Herstellung verschiedener Aufschriften erfordert rund 10.000 Schilling, die Reparatur von Heizungsanlagen 90.000 Schilling; schliesslich werden für Dachdeckerarbeiten rund 7.000 Schilling und für den Ankauf von Lehrbüchern 27.000 Schilling ausgeworfen.

Da diese Aufträge und Lieferungen einen Betrag von mehr als zweidreiviertel Millionen Schilling erfordern, bedeuten sie in der Zeit schwerster Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit eine wesentliche Belobung gewerblicher und industrieller Betriebe und daher Arbeit für viele hunderte von Arbeitern.

Sitzungen der Bezirksvertretung Simmering und Meidling.

Die Bezirksvertretung Simmering hält am Donnerstag, den 10. September um 17 Uhr 30 Minuten eine öffentliche und vertrauliche Sitzung a

In der Bezirksvertretung Meidling findet die nächste Sitzung am Samstag, den 12. September um 16 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

277

4. September 1931.
Wien, am.....

Autobus - Messeverkehr.

Anlässlich der vom 6. bis 13. September stattfindenden Wiener Herbstmesse verkehrt am Sonntag, den 6. und Sonntag, den 13. September eine Autobuslinie vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse-Messepalast-Neue Burg-Stefansplatz-Praterstern zur Rotunde Südportal und zurück. An den Werktagen der Messewoche, vom Montag, den 7. September bis einschliesslich Samstag, den 12. September wird die Autobuslinie 9 vom Praterstern bis Rotunde Südportal verlängert.

Der Leuchtbrunnen am Sonntag in Betrieb.

Aus Anlass der Herbstmesse wird bei schönem Wetter der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz am Sonntag den 6. und Donnerstag den 10. September von 20 bis 21 Uhr in Betrieb gesetzt.

Einschreibungen zu den Kursen der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Die Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 (Mariahilf) und Petrusgasse 10 (Landstrasse) veranstaltet im Schuljahr 1931/32 wieder eine Reihe von Schulkursen. Die Einschreibungen für die 10 monatige Haushaltungsschule, die 12 monatige Fachschule für Grossküchenbetriebe, die Kochkurse für einfache, feine und Schnellküche, die Servier-, Einsiede- und Diätkurse, die Abendkurse für Weissnähen und Kleidernähen sowie für die Mutterschule finden ab 12. September täglich von 8-14 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY 278

Wien, am 5. September 1931.

Das Schuljahr beginnt.

Schülereinschreibungen und Schulbeginn.

Der Stadtschulrat ersucht um folgende amtliche Verlautbarung:

Die Einschreibung der vom nächsten Schuljahre an schulpflichtig werdenden Kinder, das sind alle Kinder, die bis zum 15. September das 6. Lebensjahr vollenden, hat bereits stattgefunden. Wenn die Einschreibung eines solchen Kindes aus irgend einem Grunde zum ordnungsmässigen Termin versäumt wurde, kann sie beim Ortsschulrate des Wohnbezirkes nachgetragen werden. Je später die Anmeldung erfolgt, desto geringer ist die Aussicht, dass bei der Zuweisung der Schule auf den Wohnort des Kindes noch Rücksicht genommen werden kann. Es liegt mithin im Interesse der Eltern und Kinder, die Anmeldung sogleich zu vollziehen. Näheres ist aus den an den städtischen Schulgebäuden und Amtshäusern angeschlagenen Kundmachungen der Ortsschulräte zu entnehmen. Das neue Schuljahr beginnt mit 16. September, an welchem Tage sich die Schüler der Volks- und der Hauptschulen um 9 Uhr in ihren Schulen einzufinden haben.

Aufnahme in den städtischen Kindergärten.

Die Einschreibungen in die städtischen Kindergärten finden heuer vom 14. bis 16. September statt. Aufgenommen werden grundsätzlich Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahr.

Einschreibungen zu den Kursen der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Die Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 (Mariahilf) und Petrusgasse 10 (Landstrasse) veranstaltet im Schuljahr 1931/32 wieder eine Reihe von Schulkursen. Die Einschreibungen für die 10 monatige Haushaltungsschule, die 12 monatige Fachschule für **Grossküchenbetriebe**, die Kochkurse für einfache, feine und Schnellküche, die Servier-, Einsiede- und Diätkurse, die Abendkurse für Weissnähen und Kleidermachen sowie für die Mutterschule finden ab 12. September täglich von 8-14 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt.

Wien, am 5. September 1931.

Mietzins- Zuschüsse der Gemeinde Wien.

Bisher insgesamt 127.500 Schilling aufgewendet.

Donnerstag den 3. September 1931 fand die 46. Sitzung des Beirates statt, der zur Begutachtung der Ansuchen um Zuschüsse der Gemeinde Wien zu den Hauptmietzinsen, die 40 Groschen für die Friedenskrone übersteigen, vom Gemeinderate am 25. Juni 1929 eingesetzt wurde.

In dieser Sitzung lagen die Ansuchen von 1443 Parteien in 156 Häusern zur Begutachtung vor; es wurde den Ansuchen auf Gewährung von Beiträgen in der Höhe von monatlich 6.727.18 Schilling zugestimmt.

Von den bisher in 46 Sitzungen stattgegebenen Ansuchen von 25.748 Parteien in 2822 Häusern mit zusammen 127.449.15 Schilling an Monatsbeiträgen, entfallen auf die Zeit vom 1. August 1929 bis 31. Dezember 1929 insgesamt 3550 Parteien in 394 Häusern mit 14.108.56 Schilling an Monatsbeiträgen, auf die Zeit vom 1. Jänner 1930 bis 31. Dezember 1930 insgesamt 13.705 Parteien in 1535 Häusern und 66.964.42 Schilling an Monatsbeiträgen und auf die Zeit vom 1. Jänner bis 3. September 1931 insgesamt 8493 Parteien in 893 Häusern mit Monatsbeiträgen von 46.376.17 Schilling.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien.

Die Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums im Rathaus, im Gebäude Parkring 12 und in der Wohnhausanlage "Am Fuchsenfeld" sind ab heute wieder jeden Sonntag von 9 bis 13 Uhr für unentgeltlichen Besuch geöffnet. An Wechentagen sind diese Ausstellungen wie folgt geöffnet: Parkring 12 Montag und Donnerstag; Rathaus Dienstag und Freitag; "Am Fuchsenfeld" Mittwoch und Samstag von 17 bis 19 Uhr abends. Auch an diesen Tagen ist der Eintritt frei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

279 II. Ausgabe.

Wien, am 5. September 1931.

Gegen die Not des Winters.

Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die immer grössere Dimensionen annimmt, werden im kommenden Winter ganz ausserordentliche Massnahmen erfordern. Es ist daher naheliegend, dass man sich vielfach schon jetzt mit allen den Problemen beschäftigt und dass schon jetzt von verschiedenen Seiten Hilfsmittel zur Erleichterung der Not, wie Geld und Naturalspenden, angeboten werden. Die Gemeindevertretung und vor allem natürlich das Wohlfahrtsamt beschäftigen sich nun schon seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung eines Planes, der es ermöglichen soll, in ökonomischer Weise eine allgemeine Hilfsaktion für den Winter durchzuführen.

So schätzenswert und dankenswert die einzelnen Aktionen von privaten Organisationen auch sein mögen, könnten sie doch auch eine gewisse Gefahr bedeuten, nämlich die ^{der} Zersplitterung der Mittel und der Doppelunterstützung mit allen üblen Folgen. Deshalb will das Wohlfahrtsamt der Gemeinde, zusammen mit allen privaten Fürsorgeaktionen, ohne Unterschied des politischen oder konfessionellen Bekenntnisses, und zusammen mit allen hilfsbereiten Privatleuten eine Organisation schaffen, die durch Aufwendung staatlicher, städtischer und privater Mittel einheitlich vorgehen und allen Bedürftigen, vor allem den ausgesteuerten Arbeitslosen, weitreichende Hilfe bringen soll. Es wird dabei an eine Organisationsform gedacht, wie sie sich schon im vergangenen Jahre als Kuratorium der Hilfsaktion "Jugend in Not" zur Zufriedenheit Aller bewährt hat. Vor allem wird es sich darum handeln, eine ausgiebige Ausspeisungsaktion durchzuführen und den Bedürftigen die Möglichkeit zu geben, ihr Heim an den kalten Wintertagen zu heizen. Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass durch diese Aktion die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien nicht berührt und gewiss nicht eingeschränkt werden soll.

Im Laufe der allernächsten Tage wird der Plan der ganzen Aktion dargelegt und an alle Kreise herangetreten werden, sich an diesem Werke zu beteiligen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

2. Blatt.

Wien, am 5. September 1931.

Zum Tode des Generalmusikdirektors Schalk.

Beilidschreiben des Bürgermeisters.

Anlässlich des Ablebens des Generalmusikdirektors Schalk hat Bürgermeister Seitz an die Witwe des Verstorbenen folgendes Beilidschreiben gerichtet:

"Die traurige Nachricht von dem plötzlichen Ableben Ihres hochgeehrten Gatten, des Herrn Generalmusikdirektors Franz Schalk, hat weite Kreise der Wiener Bevölkerung tief betroffen. Verliert doch in ihm das Musikleben Wiens einen seiner hervorragendsten Führer, der sich um die Festigung und Hebung des musikalischen Rufes unserer Stadt in jahrzehntelanger, allseits anerkannter Tätigkeit erfolgreich bemüht hat. Da er nun von uns gegangen ist, fühlen wir erst recht den grossen Verlust und besonders die Stadtverwaltung, deren repräsentativen musikalischen Feste er so oft zu grossem Glanze verholfen hat, empfindet ihn am schwersten.

Die Stadt Wien wird dem Verblichenen ein bleibendes, ehrenvolles und dankbares Andenken bewahren."

Die Prater-Hauptallee morgen für Personenautomobile freigegeben.

Von dem in der Magistrats-Kundmachung vom 5. November 1928 ausgesprochenen Verbot des Befahrens der Prater-Hauptallee mit Benzinkraftfahrzeugen wird dahin eine Ausnahme gemacht, dass die Prater-Hauptallee am Sonntag, den 6. September 1931 in der Zeit von 13 bis 20 Uhr für die Hin- und Rückfahrt in der Strecke vom Praterstern bis zur Rotundenbrücke für Personenautomobile freigegeben wird.

Die Freigabe erstreckt sich nicht auf Motorräder, Last- und Geschäftswagen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

280

Wien, am 7. September 1931.

Besichtigungen des Rathauses.

805 Besucher im Monat August.

Das Wiener Rathaus, das wegen seiner architektonischen Schönheit auf der ganzen Welt berühmt ist, ist das beinahe meistbesuchte Gebäude der an sehenswerten Baulichkeiten reichen Stadt Wien. So haben im Monat August 805 Fremde aus 21 Ländern das Wiener Rathaus besucht und eine Besichtigung der Sitzungssäle und Festsäle vorgenommen. Darunter waren Fremde aus 13 europäischen Staaten, ferner Besucher aus England, Dänemark, Norwegen und Schweden, aus Britisch Indien, den Vereinigten Staaten, aus Venezuela und Uruguay. Von den Besuchern, die das Wiener Rathaus in Gruppen besichtigten, waren unter anderen Mitgliedern der Handelsschule Aachen, der Volkshochschule Jena und Studenten aus Dortmund, ferner Mitglieder der Kulturliga Warschau, der Lehrerseminare aus verschiedenen Teilen Frankreichs, sowie der Societe d'enseignement techn. pop. Paris.

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Josef und Anna Starnberger, Karl Johann und Josefa Zemanetz, Johann und Barbara Kulisciek, Karl und Maria Antonia Schlosser, Johann und Marie Sekawa, Heinrich und Anna Döring, Martin und Theresia Holy, Franz und Elisabeth Eisenbeisser und Josef und Marie Kain das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Autobus-Messeverkehr.

Anlässlich der in dieser Woche stattfindenden Wiener Herbstmesse wird an den Werktagen der Messeweche bis einschliesslich kommenden Samstag die Autobuslinie 9 vom Praterstern bis zur Rotunde-Südportal verlängert. Am nächsten Sonntag verkehrt eine Autobuslinie vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse-Messepalast-Neue Burg-Stephansplatz-Praterstern zur Rotunde-Südportal und zurück.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 14. September um 17 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

281

Wien, am 8. September 1931.

Neue grosse Wohnhaus- und Siedlungsbauten der Gemeinde Wien.
1690 neue Wohnungen. - Die Projekte vom Gemeinderatsausschuss bereits genehmigt.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner heutiger Sitzung eine ganze Reihe von Wohnhaus- und Siedlungsbauten genehmigt, die im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien nun errichtet werden sollen. Die neuen Anlagen, Siedlungs- und Wohnhausbauten, werden insgesamt 1690 Wohnungen enthalten; so wird für 1690 wohnungsbedürftige Familien ein neues, allen Anforderungen moderner Wohnkultur und Hygiene entsprechendes Heim geschaffen.

Siedlungs- und Mehrfamilienhäuser.

Im heurigen Jahr ist bereits durch einen Gemeinderatsbeschluss eine Erweiterung der Siedlung Lockerwiese um 24 Siedlungshäuser und 51 Wohnungen in zwei Mehrfamilienhäusern genehmigt worden. Nun sollen weitere 89 Siedlungshäuser der gleichen Type errichtet werden. Die neuen Siedlungshäuser werden in 8 Gruppen reihenhausmässig zwischen der Wolkerbergenstrasse und Faistauergasse erbaut werden. Für jedes Haus ist eine Parzelle von mindestens 120 Quadratmetern Gesamtfläche bestimmt; rund 90 Quadratmeter des Baugrundes für jedes Siedlungshaus bleiben als Garten erhalten. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Errichtung der neuen Siedlungshäuser betragen insgesamt mehr als 1,500.000 Schilling.

Im Zuge des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien wird auch der in Hietzing und Ottakring an der Spiegelgrundstrasse gelegene Baublock siedlungsmässig verbaut. Der Gesamtentwurf zu dieser Siedlung, der von den Architekten Franz Kaym und Alfons Hetmanek stammt, sieht die Errichtung von 132 Siedlungshäusern, 14 Siedlungswohnhäusern und 15 Mehrfamilienhäusern mit zusammen 307 Wohnungen vor. Von diesem Gesamtprojekt wird im heurigen Baujahr der östliche Teil der Anlage, der vorwiegend in Ottakring liegt, ausgeführt; er wird 33 Siedlungshäuser, 7 Siedlungswohnhäuser, darunter 1 Zweifamilienhaus und 6 Vierfamilienhäuser, und 7 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 116 Wohnungen enthalten. Die grössere Type der Siedlungshäuser wird je 3 Zimmer mit Küche und Nebenräumen, die kleinere Type je zwei Zimmer, eine Kammer, eine Küche und Nebenräume enthalten. Jede Siedlerstelle erhält ein Gesamtausmass von rund 120 Quadratmetern, wovon je nach der Type 80 bis 90 Quadratmeter auf Gartenfläche entfallen. Die 7 einstöckigen Siedlungswohnhäuser sollen insgesamt 26 Wohnungen enthalten; zu jeder dieser Wohnungen ist ein rund 80 Quadratmeter grosser Garten vorgesehen. Die 7 einstöckigen Mehrfamilienhäuser enthalten zusammen 57 Wohnungen. Die Gesamtkosten für die Ausführung dieser Siedlungsbauten betragen rund 1,770.000 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt.

Wien, am 8. September 1931.

Neue Wohnhausanlagen.

Ausser den Siedlungsbauten hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen auch noch eine ganze Reihe von Wohnhausanlagen genehmigt. So soll im Anschluss an die jetzt in Bau befindlichen Teile der Wohnhausanlage Grasbergergasse auf der Landstrasse nach dem Entwurf der Architekten V. Mittag und K. Hauschla der dritte Bauteil der Wohnhausanlage errichtet werden. Von der gesamten Baufläche, die 16.800 Quadratmeter gross ist, werden nur etwa 24 Prozent, rund 4090 Quadratmeter, tatsächlich verbaut; die Ausführung erfolgt in vierstöckigen Doppeltrakten und angebauten Hoftrakten. Insgesamt wird der dritte Bauteil der Wohnhausanlage 376 Wohnungen enthalten, deren Errichtung rund 5,690.000 Schilling Kosten erfordern wird.

In Simmering kommt der zweite Teil der an der Rinnböckstrasse und Zipperergasse nach den Entwürfen der Architekten Baurat Emil Hoppe und Baurat Otto Schönthal errichteten grossen Wohnhausanlage zur Ausführung. Die Baufläche für diesen zweiten Bauteil beträgt fast 20.465 Quadratmeter; etwa 5820 Quadratmeter, also nicht einmal 29 Prozent des gesamten Baugrundes, werden tatsächlich verbaut, während der Rest des Geländes, also rund 72 Prozent ~~des gesamten Baugrundes~~, als Gartenhof ausgestaltet wird. Insgesamt wird die Anlage an 25 Stiegenhäusern 455 Wohnungen enthalten. Die voraussichtlichen Kosten für die Errichtung dieser Wohnhausanlage betragen fast 6,840.000 Schilling.

An der Suessgasse in Rudolfsheim wird nach Entwürfen des Stadtbauamtes ein Wohnhausbau errichtet werden, der an 8 Stiegenhäusern mit 4 Wohngeschossen 131 Wohnungen enthalten wird. Von der ~~3827~~ Quadratmeter umfassenden Gesamtbaufäche kommen etwa 1612 Quadratmeter, also 42 Prozent, zur Verbauung, während der Rest, etwa 58 Prozent des gesamten Baugrundes, zu einem Gartenhof umgestaltet wird. Die Baukosten für diese Wohnhausanlage betragen rund 1,560.000 Schilling.

Eine Wohnhausanlage, die insgesamt 85 Wohnungen enthalten wird, soll in Ottakring an der Hasnerstrasse und Pfeniggeläggasse errichtet werden. Die gesamte Baufläche für diese vom Stadtbauamt entworfene Anlage ist 3690 Quadratmeter gross, verbaut werden jedoch nur etwa 1336 Quadratmeter, also nicht einmal 31 Prozent des Baugrundes, während mehr als 69 Prozent der Grundfläche für einen Gartenhof verbleiben. Die Wohnhausanlage, die viergeschossig ausgeführt wird, wird 6 von der Strasse aus zugängliche Stiegenhäuser mit 85 Wohnungen enthalten. Die Baukosten für diesen Wohnhausbau betragen rund 1,250.000 Schilling.

Im Rahmen der grossen Wohnhausanlage auf dem Engolsplatz in der Brigittenau werden weitere 4 Häuser errichtet werden. Aussordem ist die Errichtung einer für die ganze Wohnhausanlage notwendigen Transformatorstation und einer Colonia-Sammelstelle beabsichtigt. Die Ausführung erfolgt

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: III. Blatt.
KARL HONAY

Wien, am 8. September 1931.

nach den Projekten des Planverfassers der Gesamtanlage, Architekten Z.V. Rudolf Perco. Insgesamt werden die neuen Häuser an vier von den Gartenhöfen zugänglichen Stiegenhäusern 109 Wohnungen enthalten. Die Kosten für die Baudurchführung betragen rund 1,240.000 Schilling; dazu kommen noch die Kosten der projektierten Transformatorstation und Colonia-sammelstelle im Betrage von rund 74.500 Schilling. Insgesamt werden also für den weiteren Ausbau der neuen grossen Wohnhausanlage auf dem Engelsplatz mehr als 1,310.000 Schilling aufgewendet.

Von der in der Jedleseerstrasse in Floridsdorf begonnen ^{en} grossen Wohnhausanlage nach den Entwürfen des Architekten Hubert Gessner kommt nunmehr ein weiterer Bauteil zur Ausführung. Verbaut wird eine Fläche von 18.200 Quadratmeter, von der jedoch 13.660 Quadratmeter, also 75 Prozent des gesamten Baugrundes, für gärtnerisch ausgestaltete Höfe und zum Teile für öffentliche Strassen verwendet werden. Der neue Bauteil - tatsächlich verbaut wird eine rund 4.540 Quadratmeter grosse Fläche - wird in Randverbauung mit einem Gartenquertrakt ausgeführt; er wird an 21 Stiegenhäusern 297 Wohnungen enthalten und drei Stockwerke haben. Die Kosten für diesen Bauteil belaufen sich auf rund 4,500.000 Schilling.

Schliesslich wird nach den Plänen des Architekten Prof. Leopold Bauer der dritte Bauteil der an der Franklinstrasse in Floridsdorf projektierten und zum Teil schon errichteten Wohnhausanlage ausgeführt werden. Das Gesamtausmass **der Baufläche beträgt** für diesen dritten Bauteil 1582 Quadratmeter, wovon nicht ganz 403 Quadratmeter, also kaum 25 Prozent des Baugrundes, verbaut, der Rest, nämlich mehr als 1179 Quadratmeter auf einen Gartenhof entfallen werden. Insgesamt werden 32 Wohnungen in drei Wohngeschossen mit einem Kostenaufwand von etwa 510.000 Schilling errichtet.

Rund 25 Millionen Schilling Baukosten. - Arbeit für tausende Arbeitslose.

Die Baukosten der in der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen genehmigten neuen Projekte für Wohnhausanlagen und Siedlungsbauten insgesamt betragen fast 25 Millionen Schilling. Selbstverständlich wird durch die Ausführung der Bauten für viele tausende Arbeiter des Baugewerbes und aller bei den Wohnhausbauten überhaupt beschäftigter Gewerbe Arbeit geschaffen. Die Errichtung der neuen Bauten bedeutet also nicht nur die Schaffung moderner, hygienischer Heimstätten für fast 1700 wohnungsbedürftige Familien, hilft nicht nur mit bei der Bekämpfung der Wohnungsnot, sondern sie ist auch ein wirksames Mittel im Kampfe gegen die würgende Arbeitslosigkeit.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag und in der Nacht von Freitag auf Samstag wird die Bahnhofrundlinie wegen Arbeiten in der Nussdorferstrasse von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über Lazarettgasse-Albertgasse-Kaiserstrasse-inneren Mariahilfergürtel zum Sechshausergürtel geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrrichtungen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Die Tuberkulosefürsorgestellen im Jahre 1930.

Wie das städtische Gesundheitsamt in seinem Bericht über das Jahr 1930 mitteilt, haben die Arbeiten der Tuberkulosefürsorgestellen wieder wertvollen Dienst im Kampfe gegen die Tuberkulose geleistet. Die Zahl der Tuberkulosefürsorgestellen wurde im Jahre 1930 um eine von der Gemeinde Wien in Hietzing errichtete Stelle vermehrt; es standen daher 1930 insgesamt 25 Tuberkulosefürsorgestellen im Betrieb, von denen zwölf von der Gemeinde, sieben von privaten Organisationen und sechs von Krankenkassen betrieben waren. An den 25 Tuberkulosefürsorgestellen wirkten 24 Aerzte und 60 Fürsorgerinnen.

Die Tuberkulosefürsorgestellen haben wie in den vorhergegangenen Jahren vor allem mit den Schulärzten zusammengearbeitet, um durch die Tuberkulosefürsorge einen möglichst weiten Kreis der Schuljugend zu erfassen. So konnten die Tuberkulosefürsorgestellen den Schulärzten im Jahre 1930 1800 Gesundheitsblätter von Kindern übergeben, die schon vor Schuleintritt in Beobachtung der Fürsorgestellen gestanden waren. In gleicher Weise wurde auch die Zusammenarbeit der Tuberkulosefürsorgestellen mit den Bezirksjugendämtern und der Kinderübernahmestelle fortgesetzt; über Anregung der Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden auch die an den geburtshilflichen Stationen tätigen Fürsorgerinnen des Jugendamtes verhalten, die Wöchnerinnen und Säuglinge von der Rückkehr in eine tuberkulos verseuchte, also höchst gesundheitsgefährliche Umgebung abzuhalten. Der bei der Zentrale geführte Kataster der ansteckenden Tuberkulosen vermerkt derzeit rund 7500 Ansteckungsquellen.

Die Zahl der Neuaufnahmen in die Tuberkulosefürsorgestellen hat im Jahre 1930 insgesamt 29.542 Personen betragen; dabei haben die städtischen Fürsorgestellen eine Vermehrung der Neuaufnahmen um 27 Prozent zu verzeichnen, während bei den privaten Fürsorgestellen die Aufnahmen um 5 Prozent und bei den Krankenkassenfürsorgestellen um 7 Prozent zurückgegangen sind. Von der Gesamtzahl der Neuaufnahmen entfielen 8 Prozent auf Kinder in vorschulpflichtigem Alter, 27 Prozent auf Kinder von 6. bis zum 14. Lebensjahre, 4 Prozent auf Jugendliche und 61 Prozent auf Erwachsene. Die Zahl der Erstuntersuchungen in den Tuberkulosefürsorgestellen betrug 29.542, die Zahl der Gesamtuntersuchungen 126.316. Im Jahre 1930 stieg die Zahl der vollverfassten Familien von 904 auf 1.339. 1.317 Kranke wurden im vorigen Jahre durch die Tuberkulosefürsorgestellen unmittelbar an Krankenanstalten untergebracht und 3.059 Kranke der ambulatorischen Behandlung zugeführt; für 15.501 Kranke wurde die Unterbringung in Heilstätten oder Erholungsheimen angeregt.

Betrieb des Leuchtbrunnens.

Aus Anlass der Herbstmesse wird bei schönem Wetter der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz auch morgen, Donnerstag, von 20 bis 21 Uhr in Betrieb sein.

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering.

Morgen, Donnerstag, findet um 1/2 5 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

283

Zweite Ausgabe.

Wien, am 9. September 1931.

Reduktion des Personalaufwandes bei der Gemeinde Wien.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Eine Korrespondenz berichtet über Beratungen des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, die sich mit der Reduktion des Personalaufwandes bei der Gemeinde Wien beschäftigen.

Dazu teilt die Rathauskorrespondenz mit:

Es ist bekannt, dass die Einnahmen der Gemeindeverwaltung zum Teil infolge der letzten Abgabenteilungsnovelle, zum weit grösseren Teil aber infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise bedeutend zurückgegangen sind. Eine Steigerung der Einnahmen durch Steuererhöhungen wäre volkswirtschaftlich infolge der Krise schwer möglich. Auch Gemeindeanleihen können in einer Zeit akuter internationaler Kreditkrise nicht aufgenommen werden. Die Gemeinde war daher schon bisher gezwungen, ihre Sachausgaben wesentlich einzuschränken. Eine weitere Einschränkung der Sachausgaben, insbesondere des Aufwandes für die Wohnbauten und für die Fürsorge, wäre aber nicht zu vertreten. Sie würde einerseits die Arbeitslosigkeit vergrössern, andererseits die Fürsorge der Gemeinde gerade in der Zeit des grössten Massenelends unerträglich einschränken.

Angesichts dieser Gefahren hat sich die Gemeindeverwaltung an die Gewerkschaften aller Kategorien der städtischen Angestellten und Arbeiter gewendet, um ihre Zustimmung zu Ersparungen am Personalaufwand zu erlangen. Dabei hat die Gemeinde den Organisationen eine Einschränkung des 14. Monatsgehaltes und eine Erhöhung der Beiträge, die die Angestellten und Arbeiter zum Pensionsaufwand leisten, vorgeschlagen. Die Gemeindeverwaltung hat schon in den Vorbesprechungen anerkannt, dass die niedrigsten Monatsbezüge, die weniger als 200 Schilling betragen, keine Kürzung erfahren sollen.

Sollten die über diese Vorschläge der Gemeinde eingeleiteten Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wäre die Gemeinde zu Einschränkungen der Ausgaben für den Wohnbau, für die Fürsorge und für das Schulwesen gezwungen, die sie vor der Gesamtbevölkerung nicht verantworten könnte. Die Gemeindeverwaltung wird daher ihre Bemühungen fortsetzen, zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften zu gelangen.

.....

N-283 fllt!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

284

Wien, am 10. September 1931.

Öffentlicher Rettungsdienst der Wiener Gemeindegewache.

Die Wiener Gemeindegewache hat bekanntlich einen öffentlichen Rettungsdienst eingerichtet, um bei Unglücksfällen erste Hilfe bieten zu können. Im vergangenen August wurde von dem Rettungsdienst der Gemeindegewache in insgesamt 1118 Fällen erste Hilfe geleistet, und zwar bei 1 Verkehrsunfall, 2 Betriebsunfällen, 235 Unglücksfällen, 2 Selbstmorden oder Selbstmordversuchen und 878 sonstigen Vorfällen. Dabei wurde 324 verletzt, 185 erkrankten und 609 gefährdeten Personen Hilfe geboten.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächsten Tagen die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf dem Neubau in den Parkanlagen auf dem Neubaugürtel und in Hietzing in der Wolfersberggasse in Betrieb genommen werden. Die elektrische Beleuchtung auf dem Urban Loritzplatz auf dem Neubau wurde verstärkt; die verstärkte Beleuchtung wird ebenfalls noch im Laufe dieser Woche in Betrieb gesetzt werden. Mit elektrischer Beleuchtung werden weiter demnächst das erste und zweite Rondo im Volksprater und in Margareten die Parkanlage auf der Rechten Wienzeile versehen werden. Die notwendigen Installationsarbeiten sind bereits vergeben worden.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 24. September, um 6 Uhr nachmittags statt.

Freigabe der Prater-Hauptallee für den Autoverkehr am kommenden Samstag und Sonntag.

Anlässlich der Wiener Messe und der Veranstaltungen im Wiener Stadior **ist** am kommenden Samstag und Sonntag der Verkehr von Benzin-kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Krafträdern, Lastwagen und Gesellschaftswagen in der Prater Hauptallee in der Strecke vom Praterstern bis zur Meiereistrasse für die Hin- und Rückfahrt zwischen 13 und 20 Uhr **gestattet**.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

285

Wien, am 11. September 1931.

Die Wiener städtische Schulzahnpflege.

Bisher 90.371 Kinder behandelt.

Im Jahre 1922 führte die Gemeinde Wien mit der Errichtung von drei Schulzahnkliniken die systematische Schulzahnpflege in Wien ein. Im Laufe der Jahre wurde die Organisation der städtischen Schulzahnpflege ganz bedeutend ausgestaltet, so dass im vergangenen Schuljahre schon 15 Schulzahnkliniken und ausserdem drei interne Kliniken, die in städtischen Kinderanstalten untergebracht sind, in Betrieb waren.

Welchen Umfang die städtische Schulzahnpflege in Wien bis heute erreichte, beweist vor allem die Tatsache, dass mit Abschluss des letzten Schuljahres 90.371 Kinder in der Obsorge der Schulzahnkliniken standen. Von diesen genossen nicht weniger als 87.493 Schulkinder systematische Schulzahnpflege; ausserdem wurden 1.121 Kinder aus Waisenhäusern und sonstigen Anstalten in den Schulzahnkliniken behandelt; 1.657 Kindern wurde in den Schulzahnkliniken erste Hilfe geleistet.

Die Wiener städtischen Schulzahnkliniken können über ganz bedeutende Leistungen berichten. So wurden im letzten Schuljahre allein 73.213 Zahnfüllungen hergestellt und in 27.209 Sitzungen Zahnwurzelbehandlungen vorgenommen. In 22.459 Fällen sind Milchzähne, in 535 Fällen bleibende Zähne gezogen worden; in 65.647 Fällen wurde die Zahnreinigung durch den Arzt durchgeführt und in 167.110 Fällen Zahnbürsteunterricht erteilt. Die Wiener städtischen Schulzahnkliniken wiesen im letzten Schuljahre insgesamt 170.356 Frequenzen auf.

Den Dienst in den Wiener städtischen Schulzahnkliniken besorgten im letzten Jahre 37 Aerzte und 37 Ordinationsgehilfinnen.

Uebersiedlung der städtischen Frauengewerbeschule.

Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien für Weissnähen und Kleidermachen, die bisher in der Margaretenstrasse 152 und in der Stumpergasse 56 untergebracht war, übersiedelt nunmehr in ein eigenes Gebäude, und zwar nach Rudolfshaus, Sperrgasse 8-10, wo ab 16. September der Schulbetrieb aufgenommen wird. Aufnahmen für das neue Schuljahr und Einschreibungen in die Spezialkurse für Erwachsene (Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Frisieren, moderne Werktechniken usw.) können täglich von 9 Uhr bis 13 Uhr in der Schulkanzlei, Sperrgasse 8 - 10, vorgenommen werden.

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Morgen, Samstag, findet um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

286

Wien, am 12. September 1931.

Sitzungen des Wiener Stadtsenates und der Wiener Landesregierung.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 11 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Erster Internationaler Schuhmacherskongress in Wien.

Empfang im Rathaus.

Die Teilnehmer an dem gegenwärtig in Wien tagenden Ersten Internationalen Schuhmacherskongress erschienen gestern nachmittags im Rathaus. Die Gäste wurden in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Julius Linder im Sitzungssaale des Stadtsenates empfangen. Stadtrat Linder hiess die Kongressteilnehmer in Wien willkommen, dankte ihnen für die Wahl der Stadt Wien zum Kongressort und wünschte ihren Beratungen den besten Erfolg. Für die Gäste dankte Präsident Franz Spiel vom Staatsverband der Schuhmacherfachverbände Deutschösterreichs für die freundliche Aufnahme, die die Kongressteilnehmer in Wien gefunden haben. Nach dem Empfang, an dem auch Vizebürgermeister Hoss teilnahm, besichtigten die Gäste die Festsäle des Rathauses.

Der Freudenaucr Hafen wird ausgebaggert.

An der Mündung des Freudenaucr Hafens entstehen wie bei allen Stromhäfen infolge des wechselnden Stromwasserstandes alljährlich bedeutende Ablagerungen von Schlamm und Schotter. Diese Ablagerungen müssen ausgebaggert werden, damit der Hafen zugänglich erhalten werden kann. Am zweckmässigsten wird die Baggerung alljährlich im Spätherbst knapp vor der Einstellung der Schiffe in den Hafen zur Ueberwinterung durchgeführt, damit die Einstellung der Schiffe nicht durch neuerliche Ablagerungen behindert werde. Die Baggerung wird durch das Bundesstrombauamt durchgeführt. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, die notwendige Baggerung des Freudenaucr Donauhafens, durch die eine ungefähr 500 Meter lange Fahrrinne mit einer 30 Meter breiten, bis auf 3'6 Meter unter den Nullwasserstand des Hafens reichenden Sohle geschaffen werden soll, durchführen zu lassen. Die Kosten der notwendigen Arbeiten betragen rund 44.000 Schilling.

Schliessung der städtischen Sommerbäder.

Mit Rücksicht auf das andauernd schlechte Wetter werden ab heute, Samstag, die städtischen Sommerbäder geschlossen. Das Strombad Aspornbrücke bleibt bis auf weiteres geöffnet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 12. September 1931.

Eine Auskunftsstelle für die Schüleraufnahmen an den Mittelschulen.

Vom Stadtschulrat wird verlautbart: Zur Erledigung von Anfragen über die Schüleraufnahme an den Wiener Mittelschulen wird beim Stadtschulrate für Wien, Burgring 9, III Stock, Zimmer 61a, eine eigene Auskunftsstelle eingerichtet, die vom 15. bis 20. September täglich von 10 bis 14 Uhr geöffnet sein wird.

Warnung vor einem Wohnungsschwindler.

In der letzten Zeit treibt sich in Wien ein Mann herum, der wohnungsuchende Parteien aufsucht, vorgibt, ein Organ des Wohnungsamtes zu sein, und die Parteien auffordert, am nächsten Tag ins Amt zu kommen, weil schon für sie eine Wohnung bereitstünde. Hierbei verlangt er für Kanzleigebühren und Stempel Beträge bis zu 10 und 20 Schilling. Obwohl die Bevölkerung schon öfters darauf aufmerksam gemacht wurde, dass in allen Wohnungsangelegenheiten weder für die Behandlung des Gesuches noch für eine erfolgte Vormerkung, noch auch für eine Wohnungszuweisung irgendwelche Gebühren zu entrichten sind und dass Interventionen durch dritte Personen völlig zwecklos sind, gibt es noch immer leichtgläubige Leute, die Schwindlern zum Opfer fallen. Die Bevölkerung wird darum aufgefordert, den Betrüger, wenn er sich mit dem erwähnten Ansinnen an eine Partei wenden sollte, sofort verhaften zu lassen.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten.

Übermorgen, Montag, findet um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten statt.

Einschreibungen in die städtischen Kindergärten.

Die Einschreibungen in die städtischen Kindergärten finden heuer vom 14. bis 16. September statt. Aufgenommen werden grundsätzlich Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahre.

Einschreibungen zu den Kursen der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Die Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3. und Landstrasse, Petrusgasse 10, veranstaltet im Schuljahr 1931/32 wieder eine Reihe von Kursen. Die Einschreibungen für die zehnmonatige Haushaltungsschule, die zwölfmonatige Fachschule für Grossküchenbetriebe, die Kochkurse für einfache, feine und Schnellküche, die Servier-, Einsiede- und Diätkurse, die Abendkurse für Weissnähen und Kleidermachen und für die Mitterschule finden täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

287

Wien, am 14. September 1931.

Strassen- und Kanalbauten in Wien.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten den Umbau der Embelgasse und der Oberen Amtshausgasse in Margareten in der Strecke von der Siebenbrunnenfeldgasse bis zur Fendigasse beschlossen. Die Embelgasse wird in der angegebenen Strecke eine 7'5 Meter breite Fahrbahn aus Teormakadambelag auf Makadamunterlage erhalten, während in der Oberen Amtshausgasse die vorhandene Makadamdecke instandgesetzt wird. Die Kosten der notwendigen Arbeiten betragen rund 30.000 Schilling.

In Floridsdorf ist zur Kanalisierung einer neuen städtischen Wohnhausanlage an der Werndlgasse, Lottgasse und Pitkagasse und zur Strassenentwässerung der Neubau von Hauptunratskanälen notwendig geworden. In der Werndlgasse wird ein von der Brünnerstrasse gegen die Nordbahn führender 290 Meter langer Betonkanal errichtet werden, an den in der Lottgasse ein von der Werndlgasse gegen die Pitkagasse führender 100 Meter langer Betonkanal angeschlossen wird. Die Kosten für diese Kanalbauten betragen rund 53.000 Schilling.

Schliesslich werden mit einem Kostenaufwand von rund 12.000 Schilling Gehwege in städtischen Gartenanlagen instandgesetzt werden. Nach Aufbringung von Schottermaterial und Einwalzung dieses Materials werden die Wege einen Oberflächenschutz erhalten.

Ein Weltstenographenverband.

Der in Paris tagende Internationale Stenographenkongress hat die im Jahre 1928 in Budapest beschlossene Gründung eines Weltstenographenverbandes durch die Wahl eines Präsidiums in die Tat umgesetzt. Dem Präsidium gehören als Präsident Direktor Professor Dr. Fuchs von der sächsischen stenographischen Landesanstalt, als Vizepräsident der Vorstand des Stenographenbüros des Wiener Landtages und Gemeinderates Direktionsrat Karl A. Hirt und als Generalsekretär Regierungsrat Dr. Blauert vom sächsischen stenographischen Landesamt an. Ausserdem sind zu Vizepräsidenten Munford (England), Bayor (Dänemark), Gregg (U.S.A.), Guérin (Frankreich) und zum Schatzmeister Izard (Frankreich) gewählt worden. Es ist jedenfalls ein Ausdruck der Wertschätzung der deutschen Kurzschriften und deren Vertreter, dass in ein nur aus acht Mitgliedern bestehendes Präsidium eines weltumspannenden Verbandes drei Praktiker deutscher Zunge gewählt worden sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 288
KARL HONAY

Wien, am 15. September 1931.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen steigen.

Die wachsende Arbeitslosigkeit macht sich in der Finanzgebarung der Gemeinde doppelt verhängnisvoll fühlbar. Jeder einzelne Arbeiter und Angestellte im Wiener Gemeindegebiet, der heuer arbeitslos ist, während er im Vorjahre noch Beschäftigung hatte, bedeutet einen Entgang an Fürsorgeabgabe. Zugleich aber steigen auf diese Weise die Beitragsleistungen, die Wien für die Notstandsauhilfen und Altersrenten zu leisten verpflichtet ist. Dazu kommt aber noch, dass beim Herabsinken in die Arbeitslosigkeit ein erheblicher Teil der von diesem schrecklichen Unglück betroffenen Menschen gezwungen ist in irgendeiner Form den Wohlfahrtsapparat in Anspruch zu nehmen. Ein alter Vater, eine betagte Mutter, die früher noch von einem in Arbeit stehenden Sohn erhalten werden konnten, müssen nun einen Unterhaltungsbeitrag zugebilligt erhalten oder auch in das Versorgungsheim übernommen werden. Für Kinder von solchen in die Arbeitslosigkeit gestossenen Menschen sind Pflegegelder, oft auch die Unterbringung in einer Anstalt der Gemeinde, eine erhöhte Berücksichtigung bei der Schülerausspeisung, Zuwendungen von Schuhen und Kleidern erforderlich. So kommt es, dass trotz der sonst in allen Zweigen der Gemeinde angeordneten Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens sehr erhebliche Ueberschreitungen erwachsen und namhafte Zuschusskredite erforderlich sind. Der zuständige Ausschuss wird sich demnächst damit zu befassen haben. Nicht weniger als 1,574.000 Schilling werden als Mehrerfordernis für Pflegegelder und Pflegebeiträge für Kinder über die Budgetpost von 4,506.000 Schilling ergänzend in Anspruch genommen. Zwei Drittel aller Pflegebeiträge entfallen auf Kinder von Arbeitslosen. Während im Verwaltungsjahr 1929 noch mit 4,480.000 Schilling in diesem Zweige des Wohlfahrtswesens das Auslangen gefunden werden konnte, wird sich der heurige Aufwand auf rund 6,080.000 Schilling beziffern. Es ist daher eine Steigerung der Ausgaben um 36 Prozent zu verzeichnen. Darin kommt die Verschlechterung unserer Wirtschaftsverhältnisse seit 1929, sowie die Rückwirkung auf den Haushalt der Gemeinde greifbar zum Ausdruck. Ganz ähnlich ist naturgemäss das Bild bei den Erwachsenen, die von der Fürsorge der Gemeinde Gebrauch machen. Im Jahre 1929 sind tatsächlich 11,445.000 Schilling ausbezahlt worden. Der Magistrat hat für heuer von vornherein 13,000.000 Schilling in Aussicht genommen und vom Gemeinderat bewilligt erhalten, muss aber schon jetzt feststellen, dass damit das Auslangen nicht gefunden werden kann. Es wird deshalb ein Zuschusskredit von 1,400.000 Schilling beantragt. Bei den Geld- und Sachauhilfen ergibt sich ein Mehrerfordernis von 200.000 Schilling, bei den von der Gemeinde beigegebenen Arzneien, Bandagen und Optikerwaren eine Ueberschreitung von 120.000 Schilling. Aber auch die Beitragsleistung der Gemeinde zu den Notstandsauhilfen und Altersrenten wird weit über jenes Mass hinausgehen, das das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Herbst vorigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 15. September 1931.

Jahres geschätzt hat und das die Grundlage der Budgetierung bei der Gemeinde bildete. Diese Post zeigt eine geradezu sprunghafte Aufwärtsbewegung. 9,577.000 Schilling waren das Erfordernis im Jahre 1929. Für heuer wurden bereits 13,000.000 Schilling eingesetzt. Davon sind aber schon in den ersten 6 Monaten 7,577.000 Schilling ausgezahlt worden. Ein Fehlbetrag von Millionen steht ausser Zweifel. Seinerzeit wurde den Ländern als Bedeckung die Einführung der Biersteuer zugestanden. Es zeigte sich jedoch bald, dass diese Methode keine zielführende sein kann. Wachsende Arbeitslosigkeit kann nicht mit steigendem Bierverbrauch Hand in Hand gehen. Es ist selbstverständlich gerade das Umgekehrte der Fall. So ergibt es sich denn dass die Aufwendungen für die Notstandsaushilfen von Jahr zu Jahr gewaltig ansteigen, während der Ertrag der Biersteuer ebenso von Jahr zu Jahr ausserordentlich zurückgeht. Der Unterschied, den die Gemeinde aus anderen Steuerquellen aufbringen muss, wird immer grösser. Es ist ein höchst unerfreuliches Bild, das sich insgesamt bietet. Dabei handelt es sich hier um Ausgaben, denen durch die Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse eine wachsende Tendenz zwangsläufig innewohnt und bei denen trotz sorgfältigster Gebarung ein fortgesetztes und starkes Steigen unausweichlich ist.

Ein Goethehof und ein Haydnhof in Wien.

Benennung zweier städtischer Wohnhausanlagen nach Johann Wolfgang von Goethe und nach Joseph Haydn.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, die städtische Wohnhausanlage in der Schüttaustrasse "Goethehof" zu benennen. An der Aussenseite der Anlage wird der Name der Wohnhausanlage in grossen Lettern angebracht werden. Der Text der Erläuterungstafel wird folgenden Wortlaut haben: "Zum Andenken an den grössten deutschen Dichter Johann Wolfgang von Goethe (1749 - 1832)".

In der gleichen Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss auch beschlossen, die städtische Wohnhausanlage am Gaudenzdorfergürtel "Haydnhof" zu benennen. Auch diese Wohnhausanlage wird an der Schauseite in deutlich lesbarer Schrift ihren neuen Namen tragen. Im Inneren des Hauses wird eine Erläuterungstafel angebracht werden, die folgenden Wortlaut haben wird: "Zum Andenken an den grossen österreichischen Lieddichter Joseph Haydn (1732 - 1809)".

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierte das Ehepaar David und Scheindel Kessler das Fest der diamantenen Hochzeit, die Ehepaare Josef und Johanna Horak, Ferdinand und Anna Schafhauser, Bernhard und Beile Schwefel, Rudolf und Marie Steindorf und Theodor und Johanna Stirnmann das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

289

Wien, am 16. September 1931.

Die letzte Marktwoche.

Gemüse- und Obstzufuhren.

Wie die Marktamtsdirektion der Stadt Wien mitteilt, betrug die Anlieferungen an Gemüse und Grünwaren auf den Wiener Märkten in der Woche vom 6. bis 12. September insgesamt 31.215 Zentner, um 1.092 Zentner weniger als in der Vorwoche. An Auslandsgemüse wurden aus der Tschechoslowakei Zwiebel, Knoblauch, Weisskraut, Rotkraut, Gurken, Tomaten, grüne Erbsen, Bohnen, Paprika, Melanzani, rote Rüben, Karotten, Kürbis und Petersilienwurzel auf den Markt gebracht, aus Ungarn Tomaten, Gurken, Paprika, Pfefferoni, Zwiebel und Knoblauch, aus Bayern Kren, aus Italien Zwiebel und Tomaten, aus Frankreich Melanzani und aus Holland Weisskraut und Rotkraut. Die Zufuhren an Obst betrug 34.215 Zentner, um 1.657 Zentner weniger als in der Vorwoche. Der Bedarf an Obst war jedoch vollauf gedeckt.

Gewerbliche Spezialkurse an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien in Fünfhaus, Sperrgasse 8 - 10, werden ständig gewerbliche Spezialkurse für Weissnähen, Kleidermachen und Schnittzeichnen, die der Vorbildung der Teilnehmerinnen angepasst sind, und Kurse für moderne Werktechniken, Frisieren, rhythmische Gymnastik und Bewegungskunst abgehalten. Der Besuch der Kurse ist insbesondere auch für arbeitslose Intellektuelle, Kunstgewerblerinnen, Hochschülerinnen, Lehramtskandidatinnen, Absolventinnen von Mittelschulen oder Absolventinnen der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt geboten. Anmeldungen zu den Kursen werden in der Schulleitung täglich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr entgegengenommen.

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt findet am Mittwoch, den 23. September, um 18 Uhr statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Morgen, Donnerstag, findet um 6 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

290

Wien, am 17. September 1931.

Die Bäderstadt Wien.

Nahezu drei Millionen Badegäste in den städtischen Sommerbädern.

Wie die städtische Bäderverwaltung berichtet, hatten die Wiener städtischen Sommerbäder ohne Kinderfreibäder in der heurigen Saison einen Besuch von 1,746.581 Badegästen; in den städtischen Kinderfreibädern tummelten sich im Sommer 1,172.347 Kinder. Die städtischen Sommerbäder waren daher in der vergangenen Badesaison von insgesamt 2,918.928 Menschen besucht.

Die meisten Besucher - 407.410 Badegäste - hatte das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Kongressplatz"; dann folgen das städtische Strandbad "Gänsehäufel" mit 349.856 Besuchern, das Strandbad "Alte Donau" mit 193.502 Besuchern, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Ottakring" an der Steinhofstrasse mit 168.532 Badegästen, das "Angelibad" mit 118.503 Besuchern, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Hohe Warte" mit 109.657 Badegästen, das Strombad "Kuchelau" mit 109.303 Besuchern und das Strombad "Aspernbrücke" mit 104.599 Badegästen. Im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Theresienbad" in Meidling, das heuer bedeutend ausgestaltet worden war, badeten 78.884 Menschen, im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Krapfenwaldl" 44.323 Menschen, im Sommerbad "Hütteldorf" 29.587, im Strombad "Nussdorf" 17.995 und im Sommerbad "Stadlau" 14.430 Menschen.

Trotz der ungünstigen Witterung im August des heurigen Jahres hatten also die städtischen Bäder durchwegs guten Besuch aufzuweisen. Wien hat auch im heurigen Sommer den Namen einer Bäderstadt gerechtfertigt.

Parteienverkehr in den Wiener Bezirksjugendämtern.

Ab Montag, den 21. September, wird in den Bezirksjugendämtern Wiens der Parteienverkehr für die Zeit von 8 bis 9 Uhr früh festgesetzt. Während dieser Zeit sind sämtliche Sprongolfürsorgerinnen im Amte anwesend. Die Parteien werden daher im eigensten Interesse aufgefordert, nur während dieser Zeit in den Bezirksjugendämtern vorzusprechen. Für unaufschiebbare Angelegenheiten und Auskünfte ist ein Dienst bis 15 Uhr vorgesorgt.

Meisterinnenschule für Damenkleidermachen und Wäschewarenherstellung.

Zur Vervollkommnung der Berufsausbildung nach Absolvierung der Meisterlehre ist eine einjährige Meisterinnenschule für Damenkleidermachen und Wäschewarenherstellung an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, Fünfhaus, Sperrgasse 8 - 1c, eingerichtet. Anmeldungen werden in der Schulleitung täglich von 8 bis 14 Uhr entgegengenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

291

Wien, am 18. September 1931.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien legt den Bericht der städtischen Amtsärzte über den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im zweiten Quartal des heurigen Jahres vor. Aus dem Berichte ergibt sich, dass in den Monaten April, Mai und Juni 1.293 Scharlachanzeigen, 944 Anzeigen über Diphtherie, 895 Anzeigen über Varizellen, 47 Bauchtyphusanzeigen, 8 Anzeigen über Paratyphus und 11 Anzeigen über spinale Kinderlähmung an die Gesundheitsbehörde erstattet worden sind.

Die Zahl der Grippemeldungen ist im zweiten Quartal des heurigen Jahres gegenüber dem ersten Quartal bedeutend zurückgegangen. Während nämlich in den Monaten Jänner, Februar und März 13.031 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden waren, sind in den Monaten April, Mai und Juni bloss 85 Grippemeldungen eingelangt.

Gestorben sind im zweiten Quartal des heurigen Jahres in Wien 6.358 Menschen, um 1.241 weniger als im ersten Quartal. Als Todesursachen wurden in 1.323 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 955 Fällen bösartige Neubildungen, in 906 Fällen Tuberkulose aller Art und in 646 Fällen Atmungskrankheiten gemeldet. 585 Anzeigen haben als Todesursachen Krankheiten der Nerven- und Sinnesorgane angegeben und 418 Anzeigen Krankheiten der Verdauungsorgane. Nach den Todesfallanzeigen sind im zweiten Quartal des heurigen Jahres 517 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt hält ihre nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung am Mittwoch, den 23. September, um 18 Uhr ab.

Am Donnerstag, den 24. September, findet um 17 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstrasse statt.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am Freitag, den 25. September, um 16 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 292
KARL HONAY

Wien, am 19. September 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates halt die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Der Kampf gegen die Lebensmittelfälschungen.

Die Tätigkeit des städtischen Marktamtes im ersten Halbjahr 1931.- 4.961 Lebensmittelproben entnommen.- 4.968 Beanstandungen.- Ueber 57.000 Kilogramm verdorbene Lebensmittel beschlagnahmt.

In Ausübung der Lebensmittelkontrolle haben die städtischen Markt-
amtsabteilungen im ersten Halbjahr des heurigen Jahres 3.271 Proben auf
Milch und 1.690 Proben auf verschiedene andere Lebensmittel abgenommen.
In der gleichen Zeit wurden in 1.342 Fällen Uebertretungen der Marktord-
nung, in 1.441 Fällen Uebertretungen der Gewerbeordnung und in 2.185 Fäl-
len andere strafbare Uebertretungen festgestellt und beanstandet.

Die Untersuchung von Milchproben ergab in vielen Fällen Entrahmung
der Milch, Wässerung bis zu 14 Prozent und Konservierung der Milch mit
Soda. Bei Butter wurde übermässiger Wassergehalt, in einigen Fällen muffi-
ger, ranziger Geschmack und fälschliche Bezeichnung von Kochbutter als
Land- und Teobutter festgestellt. In einem zur Untersuchung gelangten But-
terziegel wurde sogar eine tote Maus in einem ekelerregendem Zustand ge-
funden. Bei einer Schweinefettprobe stellte sich heraus, dass ein als
"garantiert reines Schweineschmalz" angepriesenes Schweinefett ein Ge-
misch von Schweinefett, Filz, Bandlfett und amerikanischer Pressware war.
Da Bandlfett nach dem österreichischen Lebensmittelbuch ein Fett mindere-
rer Qualität ist, war die Bezeichnung "garantiert reines Schweinefett"
falsch. Bei anderen Schweinefettproben wurde ein Zusatz von Talg oder Ko-
kosfett festgestellt. In einem Nusstrudel wurde ein eingebackener Nagel,
in Brot eine eingebackene Nadel und in Milchbrot ein eingebackener Zi-
garottenstummel gefunden; Suppennudeln waren durch Kleintierexkreme-
nte, vermutlich von Mäusen, in ekelerregender Weise verunreinigt. Eier, die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 19. September 1931.

als "Frische Eier", "Prima frische Eier" und "Geluuchtete Eier" feilgehalten wurden, waren, wie bei einigen Proben festgestellt wurde, ihrer Beschaffenheit nach Kühlhaus Eier und daher falsch bezeichnet. In einer Dauerwurst wurde ein Glassplitter gefunden, in einem anderen Falle wurde Braunschweigerwurst als "Wiener Salami" verkauft. Knackwürste und Extrawürste enthielten nicht deklarierten Mehlsatz. Bei einer Figur aus Lebkuchenmasse wurde festgestellt, dass die ganze Masse von Mottonlarven befallen und von Fressgängen durchzogen war, in denen sich auch Gespinnstfäden vorfanden. Natürlich ist es nicht möglich, in einem kurzen Bericht alle Fälle von gefälschten, verdorbenen, verunreinigten und gesundheitsschädlichen Lebensmitteln, die vom städtischen Marktamt bei den Revisionen beanstandet wurden, anzuführen. Darum müssen die angeführten Beispiele genügen.

Von den verdorbenen Lebensmitteln, die im ersten Halbjahr des heurigen Jahres beschlagnahmt oder auch vernichtet werden mussten, seien noch erwähnt: 2.220 Kilogramm Kalbfleisch, 722 Kilogramm Rindfleisch, 358 Kilogramm Schweinefleisch, 1.368 Kilogramm Innereien, 452 Kilogramm Geflügel, 692 Kilogramm Fische, 25.272 Kilogramm Gemüse und Gemüskonserven, 17.317 Kilogramm Obst und Obstkonserven, 5.694 Kilogramm Büdfrüchte, 1.928 Kilogramm Kartoffel, 661 Kilogramm Käse, 353 Kilogramm Würste, 197 Kilogramm und 779 Dosen Fischkonserven, wie Sardellen und Bücklinge, 160 Kilogramm Zuckerbäckwaren und Kanditen, 86 Liter Milch und 3.142 Stück Eier.

Gewerbliche Spezialkurse an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien in Fünfhaus, Sperrgasse 8 - 10, werden ständig gewerbliche Spezialkurse für Weissnähen, Kleidermachen und Schnittzeichnen, die der Vorbildung der Teilnehmerinnen angepasst sind, und Kurse für moderne Werktechniken, Frisieren, rhythmische Gymnastik und Bewegungskunst abgehalten. Der Besuch der Kurse ist insbesondere auch für arbeitslose Intellektuelle, Kunstgewerblerinnen, Hochschülerinnen, Lehramtskandidatinnen, Absolventinnen von Mittelschulen oder Absolventinnen der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt geboten. Anmeldungen zu den Kursen werden in der Schulleitung täglich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr entgegengenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

293

Wien, am 21. September 1931.

Armenlotterie der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat im Dezember vorigen Jahres beschlossen, heuer auf Grund der vom Bundesministerium für Finanzen erteilten Bewilligung eine Effektenlotterie zu Gunsten der Armen Wiens mit einem Spielkapital von 400.000 Schilling, das aus 400.000 Losen zum Stückpreis von 1 Schilling besteht, zu veranstalten. Die Lotterieverwaltung wurde nach den vom Bundesministerium für Finanzen aufgestellten Bedingungen einem sechsgliedrigen Ausschuss der Wiener Gemeindeverwaltung übertragen.

Die Ziehung findet am 10. Oktober um 18 Uhr im Ziehungssaale der Staatslotterie, Markergasse 1, statt; sie wird von der Dienststelle für Staatslotterien durchgeführt werden. Das Reinerträgnis fließt zur Gänze den Armen Wiens zu. Der Gesamttrefferwert beträgt 101.700 Schilling und ist auf 4060 Treffer verteilt, von denen die ersten zwanzig Treffer auf Wunsch der Gewinner nach Abzug der fünfundzwanzigprozentigen Gewinnsteuer in Bargeld abgelöst werden können.

Die Armenlotterie wurde zum erstenmal im Jahre 1816 veranstaltet und bis zum Jahre 1922 alljährlich durchgeführt. Die heurige Lotterie ist mithin die 108. dieser Art. Die letzte Ziehung fand am 4. Juli 1922 statt. Damals wurden 500.000 Lose zu 25 Kronen ausgegeben. Trotzdem alle Lose abgesetzt werden konnten, hatte die Veranstaltung, offenbar im Zusammenhange mit dem Sturz der Krone, einen Abgang von 9 Millionen Kronen. Wie in den früheren Jahren ist auch heuer wieder die Firma Scholhammer & Schattera mit dem Losvertrieb betraut.

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierten das Ehepaar Josef und Theresia Sammer die diamantene Hochzeit und die Ehepaare Karl und Irma Brouer, Anton und Josefina Cermak, Samuel und Anna Dornreich, Franz und Franziska Dworak, Heinrich und Antonia Lampe und Adolf und Marie Schnürl ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführend der Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling.

Die Bezirksvertretung Döbling halt am Donnerstag, den 24. September, um 18 Uhr ihre nächste Plenarsitzung ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

294

Wien, am 22. September 1931.

Wiener Hilfsschulwochen.

Um der österreichischen und ausländischen Fachwelt Gelegenheit zu geben, Theorie und Praxis des Wiener Hilfsschulwesens kennenzulernen, veranstaltet der Reichsverein der Hilfsschullehrerschaft Oesterreichs gegenwärtig in Wien "Hilfsschulwochen" mit Vorträgen der Professoren Fröschels und Lazar, des Dozenten Dr. Pollak und des Schulrates Gnam; an die Vorträge schliessen sich praktische Vorfahrungen Wiener Hilfsschullehrer. Fachmänner aus Deutschland, der Schweiz, der Tschechoslowakei und aus den österreichischen Bundesländern nehmen an den Hilfsschulwochen teil. Den Teilnehmern ist auch Gelegenheit geboten, die heilpädagogischen Einrichtungen Wiens kennenzulernen. Morgen, Mittwoch, werden die Teilnehmer an den Hilfsschulwochen von Präsidenten Glöckel empfangen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung in Wien werden in Ottakring der Johann Nepomuk Berger-Platz, Schuhmeierplatz und der noch nicht elektrisch beleuchtete Teil der Possinger-gasse und in Floridsdorf die Bahnsteggasse elektrische Strassenbeleuchtung erhalten. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind bereits vergeben worden.

Von den Bezirksvertretungen.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 29. September, um 16 Uhr 30 statt.

Morgen, Mittwoch, tritt um 18 Uhr die Bezirksvertretung Innere Stadt zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

Wegen Gleisarbeiten in der Mussdorferstrasse wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht von Freitag auf Samstag von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über die Spitalgasse, Lazarettgasse, Kaiserstrasse und den inneren Mariahilfer Gürtel zum Sechshausergürtel abgelenkt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrrichtungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

295

Wien, am 23. September 1931.

Richtlinien über die Arbeitsverpflichtung der Hausbesorger und über die Entschädigung für besondere Dienstleistungen.

Bereits vor mehreren Jahren haben sich Vertreter der beteiligten Organisationen der Hausbesorger, Mieter und Hausbesitzer auf Richtlinien über die Arbeitsverpflichtung der Hausbesorger geeinigt. In diesen Richtlinien waren auch Bestimmungen über die Entschädigung der Hausbesorger für besondere Dienstleistungen, die über ihre normale Dienstverpflichtung hinausgehen, wofür sie also durch das Reinigungsgeld nicht entschädigt werden, enthalten.

Diese seinerzeit vereinbarten Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

1.) Das Kehren von Stiegen und Gängen sowie das Abstauben der Stiegegeländer, Gang- und Stiegenhausfensterbretter erfolgt mindestens jeden zweiten Tag.

2.) Wöchentlich einmal erfolgt die Reinigung des Hauses, wie Waschen der Stiegen und Gänge, der Wasserleitungsmuscheln, Reinigung der Metallbestandteile des Hauses und Kehren der Höfe.

3.) Nach dem Rauchfangkehrer Reinigen des Bodens (Bodenabteilungen der Parteien ausgenommen), mindestens einmal monatlich. Die Reinigung des Kellers hat einmal monatlich zu erfolgen.

4.) Das Putzen der Gang- und Stiegenhausfenster erfolgt vor den hohen Feiertagen, jedoch mindestens dreimal jährlich. Gangfenster, die zu den Wohnungen gehören, sind vom Hausbesorger nicht zu reinigen. Gang- und Stiegenfenster sind nur dann zu reinigen, wenn die Rahmen in gutem Zustand und die Glasscheiben gut verkittet sind, so dass keine Gefahr für den Hausbesorger besteht.

5.) Dort, wo eine Verpflichtung zur Reinigung der Klossette, die von mehreren Parteien benützt werden, besteht, hat diese einmal wöchentlich zu erfolgen.

6.) Bei Erneuerung der Hoffassaden oder bei Ausmalen des Stiegenhauses gebührt dem Hausbesorger eine einmalige Entschädigung in der Höhe des zweimonatigen Reinigungsgeldes neben dem normalen Reinigungsgeld.

Mehrere Hausbesorgervereinigungen haben nun den Wunsch nach

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 23. September 1931.

Erweiterung der Richtlinien geäußert. Es haben daher neuerlich Verhandlungen der beteiligten Interessentenorganisationen stattgefunden, deren Ergebnis eine Ergänzung der Richtlinien durch zwei neue Punkte ist. In ihnen wird die Frage der Entschädigung des Hausbesorgers für besondere Reinigungsarbeiten nach der Verlegung von Wasser-, Gas- oder elektrischen Leitungen geregelt. Die beiden neuen Punkte haben folgenden Wortlaut:

7.) Bei Neuverlegung von Wasser-, Gas- oder elektrischen Leitungen, die der Versorgung des ganzen Hauses dienen, in denen allen Parteien des Hauses zugänglichen Räumen oder bei gänzlicher Erneuerung solcher Leitungen gebührt dem Hausbesorger eine einmalige Entschädigung in der Höhe des einmonatigen Reinigungsgeldes neben dem normalen Reinigungsgeld.

8.) Werden die Arbeiten gemäss Punkt 7 auf Veranlassung einzelner Mieter ausgeführt, dann gebührt dem Hausbesorger eine Entschädigung in der Höhe des einmonatigen Reinigungsgeldes des ganzen Hauses, höchstens jedoch 40 Schilling (Aufteilung nach Kopfquoten).

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretungen Landstrasse, Marienhilf und Döbling halten morgen, Donnerstag, Plenarsitzungen ab. Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt um 17 Uhr zusammen, während die Bezirksvertretungen Marienhilf und Döbling um 18 Uhr zusammentreten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

296

Wien, am 24. September 1931.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt der Gemeinderat der Stadt Wien um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Schmuckversicherung im Ausland.

Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass Schmuckversicherung bei einer ausländischen Versicherungsgesellschaft, wenn sie nicht bei deren in Oesterreich ansässigen Repräsentanz erfolgt, durch den Versicherungsnehmer beim Magistrat anzuzeigen ist. Eine solche Versicherung bezieht sich nämlich auch für die Gefahr der Vernichtung des Schmuckes durch Feuer und unterliegt ^{daher} der Feuerversicherungsabgabe. Durch Nichtanmeldung machen sich die Versicherungsnehmer einer strafbaren Unterlassung schuldig. Das Gleiche gilt übrigens für alle Autocascover Versicherungen, die im Auslande getätigt sind, und ganz selbstverständlich für die eigentlichen Feuerversicherungen.

Strafuntersuchung gegen einen städtischen Beamten.

In einer Tageszeitung ist heute eine Meldung über Verfehlungen eines städtischen Beamten veröffentlicht worden. Richtig ist, dass gegen einen dem städtischen Wirtschaftsamt zugeteilten Verwaltungssekretär von einem städtischen Kontrahenten eine Anzeige erstattet worden ist, wonach die Frau des Beamten von dem Kontrahenten laufend Provisionsbeträge in der Gesamthöhe von ungefähr 14.000 Schilling erhalten und der Kontrahent für den Beamten verschiedene Arbeiten kostenlos durchgeführt habe. Der daraufhin sofort vom Dienst enthobene Beamte bestreitet jedoch, von Zuwendungen an seine Frau, deren Höhe auch von dieser bestritten wird, überhaupt Kenntnis gehabt zu haben; erst nachdem es zwischen dem Kontrahenten und ihm zu einer Verstimmung gekommen sei und der Kontrahent daraufhin Rückerstattung der angeblich geleisteten Provisionsbeträge verlangte, habe ihm seine Frau gestanden, Geldbeträge erhalten zu haben, die ihr jedoch aufgedrängt worden seien. Der sich aus diesen Erhebungen ergebende Tatbestand ist jedenfalls sofort der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, die Untersuchung wird von der zuständigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 24. September 1931.

Dienstbehörde ebenfalls weitergeführt.

Der vor ungefähr einer Woche erfolgte Selbstmord eines dem städtischen Wirtschaftsamte zugewiesenen Kanzleibeamten steht nach den Erhebungen in keinem Zusammenhang mit den erwähnten Vorwürfen. Dieser Selbstmord ist vielmehr nach den übereinstimmenden Angaben aller Vernommenen auf die sehr ungünstige wirtschaftliche Lage des schwer verschuldeten Kanzleibeamten zurückzuführen.

*

Selbstmord eines städtischen Angestellten.

Vor ungefähr einer Woche hat der dem städtischen Wirtschaftsamte zugewiesene Kanzlei-Oberkommissär Karl H. Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Das Motiv der Tat dürfte grosse Notlage infolge Verschuldung sein. Am Tage des Selbstmordes des erwähnten Beamten hat eine demselben Amte zugewiesene Kanzleibeamtin in ihrer Wohnung einen Selbstmordversuch unternommen, ist jedoch von ihrem Gatten rechtzeitig aufgefunden worden. Den Selbstmordversuch hat die Beamten unternommen, nachdem sie von dem Selbstmord ihres Kollegen gehört hatte, dem sie eine kleine Summe Geldes und einen Wertgegenstand dargeliehen haben soll. In beiden Fällen war kein Zusammenhang zwischen der dienstlichen Tätigkeit der Beamten und ihrer Tat festzustellen.

Von den Bezirksvertretungen.

Morgen, Freitag halten die Bezirksvertretungen Favoriten und Ottakring Plenarsitzungen ab. Die Bezirksvertretung Ottakring tritt um 18 Uhr, die Bezirksvertretung Favoriten um 16 Uhr zusammen.

Am Mittwoch, den 30. September, um 17 Uhr tritt die Bezirksvertretung Alsergrund zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hält ihre nächste Plenarsitzung am Montag, den 5. Oktober, um 19 Uhr ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

297

Wien, am 25. September 1931.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. September 1931.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17¹⁰ Uhr.

Der Bürgermeister hält zunächst dem verstorbenen Gemeinderat der von den Mitgliedern des Gemeinderates stehend angehört wird: Peter Schön eine warmempfundenen Nachruf. Schön ist aus dem Arbeiterstand gekommen; er war Metallarbeiter und hat sich schon in früheren Jahren allen Interessenfragen seines Standes gewidmet. Er war in verschiedenen Zweigen der gewerkschaftlichen Bewegung und der Sozialversicherung eifrig tätig. ^{Schön} kam im Jahre 1918 in den provisorischen Gemeinderat und wurde in den Jahren 1919, 1923 und 1927 abermals ^{in den Gemeinderat} gewählt. Hier widmete er sich den Fragen ^{die} im Ausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ^{behandelt werden} und war in diesem Ausschuss ein geachteter Mitarbeiter. Auch in der städtischen Zentralsparkasse, Zweiganstalt Hernals, war er durch viele Jahre als Mitglied des Beirates tätig. Durch seine sachliche Art der Betrachtung der Dinge, durch seine unermüdete Arbeitskraft, durch den Nachdruck und die Energie, mit denen er seine Ansichten zu vertreten wusste, immer gepaart mit der Lebenswürdigkeit seines Wesens, war er ein allseits beliebtes Mitglied des Gemeinderates und wir werden ihn bitter entbehren. Niemand bemerkte an dem schon 60-jährigen das hohe Alter und die schwere Krankheit die an ihm zehrte. Sein eiserner Wille zur Arbeit, sein Lebensmut, sein Optimismus überwand selbst die Schwere dieser Krankheit. Nun wurde er seiner Familie entrissen und uns, denen er ein lieber Kamerad war. Ich habe der Witwe und der Familie das Beileid der Stadt Wien, insbesondere ihres Gemeinderates, bekundet und veranlasst, dass an seiner Bahre ein Kranz niedergelegt wird.

Es wird sodann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Ohne Debatte werden genehmigt ein Ehrenpreis von 300 Schilling für die "Wiener Frauenkunst" die Ausführung der Wohnhausanlage XIV., Suessgasse (Kosten S 1,560.000), Baubewilligungen für die Siedlungsanlage XIII., Lockenwiese, die Ausführung des zweiten Teiles der Wohnhausanlage XI., Rinnböckstrasse-Zippererstrasse (Kosten S 6,835.000), der Wohnhausanlage XVI., Hasnerstrasse (Kosten S 1,250.000), der Wohnhausanlage XI., Franklinstrasse III. Teil (Kosten S 508.941), die Baubewilligung für die Siedlungsanlage XIII, XVI Spiegelgrund, der Neubau von Hauptunratskanalen in der Werndl gasse und Lottgasse, ein Grundtausch in der Leopoldau und im XI. Bezirk.

St. R. Tandler berichtet über den Antrag betreffend die Verwendung der Reste der ausserordentlichen Kredite für die Wohlfahrtsanstalten. Es handelt sich hier lediglich um Veränderungen in der Buchführung. Im laufenden Jahre wurden durch eine Reihe von Ersparungen Kredite angesammelt, die zur Ergänzung des Inventares der Wohlfahrtsanstalten ausgeben wurden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 25. September 1931.

Nun ist noch ein Kredit von 130.514 Schilling vorhanden. Für diesen Betrag sollen Ausspisegeräte und Kücheneinrichtungsgegenstände für das Versorgungshaus Lainz und die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe angeschafft und laufende Erfordernisse für Wasche- und Kleideranschaffungen bestritten werden.

GR. Krammer (E.L.) erklärt, seine Partei sei selbstverständlich meritorisch mit dem Antrag einverstanden, nicht aber mit der Art der Bedeckung. Dass Kreditreste aus dem ^{mit 1927} Jahre 1926 herangezogen werden sowie dass ein Investitionskredit in einen Kredit für laufende Gebarung umgewandelt wird, ist ein argers Schönheitsfehler. Es wäre hoch an der Zeit, dass das Fortschleppen von Kreditresten auch in der Gemeindeverwaltung unterbelibt. Er stellt einen Antrag, wonach die beanspruchten Erfordernisse aus dem Kredit pro 1931 zu bedecken sind und zwar die Ausspisegeräte und Kücheneinrichtungsgegenstände für Lainz und die Baumgartnerhöhe aus Investitionskredit, die Erfordernisse für Wasche- und Kleideranschaffungen aus dem Kredit für laufende Gebarung.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Krammer abgelehnt.

St. R. Tandler berichtet über die Aenderung der Kostendeckung für die Beitragsleistung zur Herstellung der Gerasdorferstrasse, für die Grund-erwerbung am Hornalser Friedhof und für den Asperner Urnenhain. Auch hier handelt es sich lediglich um Umbuchungen und zwar sollen diese Aufwendungen nicht aus Investitionskrediten bestritten, sondern auf die Mehreinnahmen verwiesen werden.

GRtin Dr. Metzke (E.L.) kritisiert zunächst in formaler Beziehung, dass es sich hier um ~~.....~~ Angelegenheiten handelt, die in die Kompetenz des Gemeinderates gehört hätten, hinsichtlich derer aber lediglich ein Beschluss der Ausschüsse vorliegt. Das ist eine Herabsetzung des Gemeinderates, mit der wir absolut nicht einverstanden sein können. Schon aus diesem Grund ist der Antrag für uns formal unannehmbar. Wir müssen uns aber auch dagegen verwahren, dass die Bedeckung für diese 3 Kreditposten nicht wie ursprünglich geplant, aus Investitionskrediten bestritten, sondern auf die Mehreinnahmen verwiesen wird. In Verwaltungszweigen, die nicht den Charakter von Unternehmungen haben, dürften, wie schon der Oberste Rechnungshof verlangt hat, nicht Rücklagen angesammelt werden, die lediglich verschleierte Gewinne sind. In Betrieb Friedhöfe gab es Ende 1929 Rücklagen in der Höhe von 684.000 Schilling. Der Betrieb Friedhöfe müsste so wirtschaften, dass er lediglich seine Ausgaben deckt. Man hätte mit den Gebühren längst heruntergehen müssen, namentlich in einer Zeit, in der die gesamte Bevölkerung sparen muss.

St. R. Tandler bemerkt zu diesen Ausführungen, dass bei einem Einnahmen, bzw. Ausgabenstand von sechs Millionen, wie ihn der Betrieb Friedhöfe habe, die Rücklagen nicht zu hoch sind. Wie notwendig Rücklagen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

sind, beweist der Umstand, dass im Laufe der letzten Jahre nahezu 20 Leichenhallen gebaut wurden. Auch ^{sind} die Beerdigungsgebühren billiger als im Frieden. So kostete im Frieden eine bestimmte Kategorie von Gräbern auf dem Zentralfriedhof bei 20jähriger Dauer 144 Schilling, jetzt kosten dieselben Gräber bei 15jähriger Dauer nur 51 Schilling.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

St.R. Tandler berichtet sodann über den Antrag betreffend die Schaffung von Rücklagen aus dem Gebarungsergebnis 1930 für die Post-Gemeindfriedhöfe. Nach dem Stande der Arbeiten für den Rechnungsabschluss des Betriebes "Gemeindfriedhöfe" für das Jahr 1930 ist mit einem Gebarungüberschuss von rund 203.000 Schilling zu rechnen. Dieser Gebarungüberschuss soll zur Deckung der im Sondervorschlag pro 1930 vorgeschenen Rücklagen in der Höhe von 79.000 Schilling und zur Schaffung weiterer Rücklagen verwendet werden.

GR. Krammer (E.L.) erklärt, dass Rücklagen bei einem Betrieb der Hoheitsverwaltung nicht am Platze seien. Es gehe nicht an dass bei Krediten für Gehalte, Löhne, Dienstkleider usw. Ersparnisse gebildet werden, die dann als Rücklagen verwendet werden. Durch diese Rücklagenbildung sei bei dem Betrieb "Gemeindfriedhöfe" ein Kapital von 808.000 Schilling angehäuft worden. Aus allen diesen Gründen könne der Antrag nicht die Zustimmung der Minderheit finden. (Beifall).

St.R. Tandler erwidert kurz auf die Ausführungen des GR. Krammer, worauf der Antrag angenommen wird.

St.R. Breitner ersucht, die im 8. periodischen Bericht aus 1931 enthaltenen Zuschusskredite zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Pfeiffer (E.L.) führt aus, dass der bescheidene Umfang des Berichtes und die niedrigen Ziffern auf einen Zug der Sparsamkeit schliessen lassen. Ich hätte gerne von St.R. Breitner einen Bericht über die Finanzlage der Gemeinde gewünscht. Seit der Aufstellung des Budgets für das laufende Jahr hat sich sehr viel geändert. Die Einnahmen aus der Abgabenteilung sind wesentlich niedriger, die Steuerkraft ist erheblich gesunken, weshalb die Frage auftaucht, ob die Gemeinde alle Budgetposten einhalten könne. Aus Kreisen Fürsorgebedürftiger kommen Klagen, dass die Fürsorgebeträge gekürzt worden sind, andererseits sind auch die Zulagen der städtischen Beamten in schärfster Weise gedrosselt worden. Nun sollen auch alle öffentlichen Angestellten und die Angestellten aller Korporationen, die Umlagen einheben, die gleiche Kürzung ihrer Gehälter erfahren wie die Bundesangestellten. Das sind Sparmassnahmen, die die Frage aufwerfen, ob nicht bei Ausgaben gespart werden müsse. Ich verweise auf die Post Wohnbau, aber auch die heutige Tagesordnung beweist, dass Sie nicht im entferntesten daran denken, Ihren Weg aufzugeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

25. September 1931.
Wien, am

Wenn sich auch der Wohnungsstandart der Wiener Bevölkerung gehoben hat, so sind Sie doch bis heute durch die Monopolisierung des Wohnbaues nicht imstande gewesen, die Wohnungsfrage in Wien zu lösen. Aus Zeitungen haben wir erfahren, dass für den Winter eine grosse Fürsorgeaktion in die Wege geleitet werden soll. Nach meiner Meinung müsste diese Aktion eine Aktion allergrössten Stiles sein und die Hauptaufgabe müsste der Gemeindeverwaltung zufallen, um das Los all derer, die nichts zu essen und kein Dach über sich haben, lindern zu können. (Beifall).

In seinem Schlusswort stellt St. R. Breitner fest, dass die Einnahmen der Gemeinde eine tiefeinschneidende Schmälerung erfahren haben. Während auf der einen Seite die Einnahmen zurückgehen, steigen die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen in weitem Masse. So werde sich schon in der allernächsten Zeit der Wiener Gemeinderat mit ausserordentlich grossen Zuschüssen für das Wohlfahrtswesen befassen müssen. Für die Unterhaltsbeiträge ist ein Zuschuss von 1¼ Millionen Schilling, für die Pflegegelder ein Zuschuss von 1'57 Millionen Schilling, für die magistratischen Aushilfen ein Zuschuss von 200.000 Schilling, für Bandagen ein Zuschuss von 120.000 Schilling und bei der Pest "Beitragsleistung des Landes Wien zu den Kosten der Notstandsunterstützung" ein Zuschusskredit von 2'5 Millionen Schilling erforderlich. Vom Sparen bei der Fürsorge kann daher keine Rede sein. Die vom Herrn GR. Pfeiffer erwähnte Fürsorgeaktion soll nicht in der Form einer Gemeindeaktion, sondern in Form einer überparteilichen Aktion durchgeführt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

St. R. Weber berichtet über die endgiltige Verrechnung der vorschussweise übernommenen Abgänge bei Stiftungshäusern und Bürgerspitalsfondshäusern. Die Mag. Abteilung 17 verwaltet seit 1923 eine Anzahl von Stiftungshäusern und Bürgerspitalsfondshäusern. Bis zum Inkrafttreten der Mietengesetznovelle, also bis 1. August 1929, hatte die Gemeinde nach dem Mietengesetz nur die Berechtigung, für Verwaltungskosten 5 Prozent von dem damals gesetzlichen 15fachen Instandhaltungszins zu verrechnen. Mit Rücksicht darauf, dass besonders in den Stiftungshäusern die Friedenszinse äusserst niedrig gehalten sind, hat der Betrag in keinem Falle ausgereicht, sodass bis Ende 1926 ein Abgang an Verwaltungskosten von über 35.000 Schilling aufgelaufen war. Dieser Betrag wurde in der Verwaltungsgruppe III auf der Ausgab rubrik "Vorschussweise Deckung der Gebarungabgänge der Stiftungshäuser" verrechnet und im Inventar der Gemeinde Wien als Forderung der eigenen Gelder gegenüber den verschiedenen Stiftungen aufgenommen. Die Mag. Abt. 17 hat ausserdem die Stiftungshäuser Meidingerhauptstrasse 68 und Thaliastrasse 41 im Jahre 1926 einer umfangreichen Instandsetzung unterzogen, wobei im ersten Falle 18.037 Schilling und im zweiten Falle 6.497 Schilling aufgewendet wurden. Die städtische Wohnhausverwaltung beantragt schliesslich: die seinerzeit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 25. September 1931.

übernommenen Abgänge aus der Gebarung der Stiftungshäuser, die daraus entstanden sind, dass einerseits anstelle der gesetzlichen Verwaltungsgobühr die tatsächlichen Auslagen den Stiftungen angerechnet wurden, andererseits die Gemeinde den Mietern des Stiftungshauses Meidlingerhauptstrasse 6A anlässlich der Durchführung umfangreicher Instandsetzungsarbeiten nur einen geringeren als den gesetzlich zulässigen Instandhaltungszins angerechnet hat, werden von der Gemeinde Wien endgültig zu Lasten der eigenen Gelder übernommen; die Vormerkung der Schuld der Stiftungen samt Zinsen ist daher im Hauptinventar zu löschen.

GR. Gschladt (E.L.) vorweist zunächst darauf, dass die Mag. Abteilung 8 den Standpunkt einnehme, die Mag. Abteilung 17 habe die Aufwendungen für Reparaturen der Stiftung mit Unrecht angelastet. Aus der Vorgeschichte ergibt sich nun, wieso die Mag. Abt. 8 als Stiftungsbehörde zu dieser mannhaften Tat angeregt wurde. Das Stiftungshaus Meidlingerhauptstrasse 68 ist Eigentum der Gisellastiftung für arme Waisen. Die Aufwendungen für Reparaturen die an dem Haus vorgenommen wurden, wurden nicht durch eine Erhöhung der Mietzinse hereingebracht, sondern der Stiftung angelastet. Es hat den Anschein, als ob Kräfte im Spiele waren, um die Stiftung allmählich zum Verschwinden zu bringen. Tatsache ist, dass mit der Zeit das Vermögen der Stiftung von den Verwaltungskosten aufgezehrt wurde. Heute besteht die Stiftung überhaupt nicht mehr, weil sie von der Stiftungsbehörde gelöscht worden ist. (Hört! Hörtrufe bei der Minderheit). Wieso ist es nun zur Löschung gekommen? (Rufe bei der Minderheit: Die hat die Katz' gefressen!) Im Sommer ist ein Akt gelaufen, aus dem sich ergibt, dass sich zwei Personen für ^{das Haus} sehr interessiert haben. Es sind dies die Herren Ignaz und David Katz. Die beiden Herren interessierten sich für das Haus Meidlingerhauptstrasse 68 derart, dass sie der Gemeinde ein Kaufangebot stellten. Das Angebot war sehr bescheiden. Es betrug nur 15.000 Schilling oder einen ähnlichen Betrag. Das Stadtbauamt erwiderte, die Sache sei nicht zu machen. Die Herren Katz aber sind beharrlich gewesen. Sie erhöhten ihr Angebot, und aus den Zeitungen wissen wir, dass ihnen das Haus tatsächlich verkauft worden ist, und zwar um den Betrag von 23.000 Schilling. Das Haus liegt an der Meidlingerhauptstrasse, also an der Hauptverkehrsader eines volkreichen Bezirkes. Niemand hat dort ein Haus zu verschenken, auch die Gemeinde nicht. Diese schon gar nicht, da sie ja nicht Eigentümerin, sondern nur Verwalterin fremden Gutes war. Bei der sehr dunklen Angelegenheit handelt es sich um eine absichtliche Vernichtung des Stiftungsvermögens (Zustimmung bei der E.L.) Im offiziellen Liegenschaftsverzeichnis der Gemeinde ist das Haus in drei Kolonnen verzeichnet. In der ersten Kolonne ist die Katastralparzelle 9, in der zweiten die Katastralparzelle 191/1 und in der dritten Kolonne die Katastralparzelle 192/2 verzeichnet. Das Ausmass der Parzelle findet sich aber nur in der ersten Kolonne, und zwar ist dort das Ausmass der Katastralpar-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 25. September 1931.

zelle 9 mit 507 Quadratmeter angegeben. Das Ausmass der zwei anderen Parzellen fehlt. (Hört-Hörtrufo bei der E.L.). Im Grundbuch hingegen finden wir das Ausmass der verbauten Fläche mit 507 Quadratmeter und das Ausmass der unverbauten Fläche mit 349 Quadratmeter verzeichnet. Wir haben es also mit einer Gesamtfläche von 856 Quadratmetern zu tun, die um 23.000 Schilling verkauft worden ist. Der Quadratmeter wurde also um den ganz niedrigen Betrag von 27 Schilling verkauft. Dazu kommt noch, dass das Haus den Eigentümern in einem Zustand übergeben wurde, der absolut nicht als schlecht bezeichnet werden kann. Es scheinen doch 17.700 Schilling als Kosten für Aufwendungen auf, die den Herren Katz einfach geschenkt worden sind. Wegen des Verkaufes dieses Hauses entwickelte sich eine Zeitungspolemik, bei der behauptet wurde, dass für das Haus mehrere Kauflustige da waren. Der Herr Magistrats-Direktor hat diese Behauptung amtlich berichtigt, in dem er behauptete, dass ausser den beiden Käufern keine Angebote vorhanden waren. Einige Tage nach dieser Berichtigung des Herrn Magistrats-Direktors schrieb aber die Arbeiter Zeitung, dass über den Verkauf des Stiftungshauses aus Wut darüber polemisiert werde, weil der christliche Bewerber abgewiesen worden ist. (Hört-Hörtrufo bei der E.L.) Ich habe das Gefühl, dass man in diesem Falle der Arbeiter Zeitung mehr glauben dürfe, als der amtlichen Berichtigung des Herrn Magistrats-Direktors. (Zustimmung bei der E.L.) Der Ausschuss III hat im Juli beschlossen, dass der Kaufbetrag in die Kassen der eigenen Gelder zu fliessen habe. Damit war die Löschung der Stiftung gegeben. Heute sollen wir nun beschliessen, dass das Geld wieder der Stiftung zukommen soll, der Stiftung, die gar nicht mehr besteht. Der Herr Ignaz Katz muss, um wieder auf den Kauf zurückzukommen, ein sehr mächtiger Mann sein. Er hat in der Meidlinger Hauptstrasse ein Geschäft und suchte darum an, in der Hauseinfahrt Waren ausstellen zu dürfen. Dazu bedarf es einer behördlichen Genehmigung. Bei der Kommission hat sich der Vertreter der Bezirksvorstehung, der Feuerwehr, der Polizei dagegen ausgesprochen. Katz hat aber trotzdem die Bewilligung bekommen. Die ganze Angelegenheit ist sehr aufklärungsbedürftig und wir verlangen daher eine restlose Aufklärung. Wenn Waisengut in Händen der Gemeinde nicht mehr geschützt ist, hört sich jeder Verlass auf Treu und Glauben auf. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber erwidert, dass das Stiftungshaus in der Meidlinger Hauptstrasse schon 1917 geräumt wurde, weil es demoliert werden sollte. Infolge der Wohnungsnot war dies aber nicht möglich und das Haus wurde soweit instandgesetzt dass es wieder bewohnbar wurde. Die Aufwendungen betrugen 18.037 Schilling und haben sich infolge Erhöhung der Mietzinse nach der Mietengesetznovelle auf 16.700 Schilling verringert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

Nun bestand aber nach dem Gutachten aller Sachverständigen die Gefahr, dass die Reparaturkosten so gross geworden, dass sie in den Instandhaltungszinsen nicht entfernt ihre Rechnung finden. Die Stiftungsbehörde hat daher erwogen, ob es nicht zweckmässiger wäre, das Objekt abzustossen. Darüber wird Oberbaurat Dr. Hein berichten.

Oberbaurat Dr. Hein stellt zunächst fest, dass den amtlichen Schätzungen von allem Anfang an das im Grundbuch vermerkte Ausmass der Liegenschaft von 856 Quadratmetern zur Grundlage diene. Was das Haus selbst betrifft, dürfte es, soweit überhaupt feststellbar, aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts stammen, also sehr alt sein. Die Gemeinde musste in den letzten fünf Jahren bedeutende Investitionen machen, darunter auch eine Unterfangung der Hauptpfeiler und Scheidmauer, um die Wohnungen und Geschäfte benützungsfähig zu erhalten. Ohne diese Investitionen wäre die Gemeinde bald in die Zwangslage versetzt worden, die Parteien anderweitig unterzubringen, und da heute die Herstellung einer Kleinwohnung schon einen Aufwand von fast 10.000 Schilling erfordert, erscheinen auch bedeutendere Opfer zur Erhaltung von Wohnungen in älteren Häusern volkswirtschaftlich gerechtfertigt. Wie in allen ähnlichen Fällen hat auch hier die die Kaufverhandlungen führende Stelle beim Stadtbauamt ein Gutachten über den Verkehrswert eingeholt und das Amt hat unabhängig von den Verhandlungen diesen Wert mit 25.000 Schilling bekanntgegeben. Die Bewertung erfolgte unter Beobachtung auf die bei Verkäufen anderer Objekte zwischen Privaten erzielten Preise. Nicht übersehen konnte die im vorliegenden Falle ungünstige Gestaltung des Grundes werden, welche nach der neuen Bauordnung im Falle eines späteren Umbaus nur die Errichtung eines Gassendoppeltraktes und eventuell noch eines schmalen einfachen Traktes an der rückwärtigen Grundgrenze zulässt, während nach der alten Bauordnung ohneweiters zwei Doppeltrakte ausführbar gewesen wären. Zu berücksichtigen ist auch dass der Erhaltungszustand viel zu wünschen übrig lässt. Das Parterreschoss ist stark feucht, der Wandverputz vielfach abgefallen, der eiserne Gang, soweit die Stützmauern im Hof dringend, reparaturbedürftig, die Decke über dem oberirdigen Hoftrakt wasserdurchlässig und sowohl das Dach wie der Anstrich aller Fenster und Türen bedarf dringend einer Instandsetzung. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist der errechnete Verkehrswert vom Standpunkt der Verkäuferin als sehr vorsichtig zu bezeichnen und der tatsächlich erzielte Kaufpreis, der um ca 8 Prozent von diesem Schätzwert abweicht, vertretbar. Dass die Kaufsumme in einem gewissen Missverhältnis zu den gemachten Aufwendungen steht, ist bei der grossen Spannung zwischen dem Bauindex und der Valorisierung von unter Mieterschutz stehenden älteren Häusern unvermeidlich und Fälle, in denen der Kaufpreis die in den letzten Jahren gemachten Investitionen nur um weniges übersteigt, sind nichts ungewöhnliches. So liess zum Beispiel die Gemeinde an dem Haus IX.,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

D'Orsaygasse 6 Ersatzherstellungen im Betrag von fast 9.000 Schilling vornehmen und das Meistbot bei der gerichtlichen Versteigerung betrug nur 8500 Schilling. Dass bei älteren unter Mieterschutz stehenden Objekten der Wert des Hauses samt Grund oft kleiner ist, als jener für den Grund allein wäre, erklärt sich daraus, dass das Verhältnis der heutigen Marktpreise unverbauten Baugründe, von Villenbaustellen ganz abgesehen, zu ihren Vorkriegswert fast doppelt so hoch ist, wie bei verbauten unter Mieterschutz stehenden Liegenschaften. Auch im vorliegenden Fall wäre nach Demolierung der Objekte für den Grund allein ein höherer Kaufpreis erzieltbar. Da aber die Abtragung der Baulichkeiten von der Baubehörde nur dann zugestanden würde, wenn der Eigentümer sämtliche Parteien anderweitig unterbringt und die hierfür erforderlichen Kosten den Mehrwert des freien Grunde ganz wesentlich übersteigen, ist dieser Umstand für die Bewertung praktisch bedeutungslos.

St. R. Kunschek bemerkt, der Bericht des Oberbaurates Hein bestätige im wesentlichen die Angaben des BR. Gschladt, gibt aber keine befriedigende Aufklärung über das Zustandekommen des Verkaufs. Aufklärungsbedürftig ist es vor allem, wieso die Stiftungsbehörde dazu kommt, 8 Prozent unter den Schätzwert zu gehen, wo ist das sonst bei einem Gemeindeigentum je der Fall gewesen? Geschichte das nur für die Katz und war der Schätzwert nur für die Katz (Lobhafte Heiterkeit und Beifall bei der E. L.) Es bedarf auch der Aufklärung, warum der Schätzwert des Stadtbauamtes nur 25.000 Schilling betrug. Diese Aufklärung liegt offenbar darin, dass das Stadtbauamt bei der Schätzung von der falschen Unterlage ausgegangen ist, dass das Grundausmass nur 507 Quadratmeter beträgt. Es müsste die Schätzung vorgelagt werden. Es mag schon vorkommen, dass der Grundwert eines Hauses ^{grösser} ist als der Erlös des verbauten Hauses. Aber in Falle konnte für den Verkauf lediglich der Grundwert in Betracht kommen. In Wien hält man eine förmliche Jagd nach Baugründen, man spricht von der Notwendigkeit der Assanierung der Stadt und der Entfernung baufälliger Objekte und zwei ausländischen Juden, von denen der eine erst ganz kurze Zeit in Wien ist, der andere seine segensreiche Tätigkeit noch in Strassburg ausübt, schenkt man das Haus nahezu. Wir sind überzeugt, wenn die Leute morgen um die Demolierung mit der Begründung einreichen werden, dass sie ein Wohnhaus errichten wollen, wird ihnen das von der Gemeinde bewilligt und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, die 10 Wohnparteien anderwärts unterzubringen. Es muss festgestellt werden, dass jetzt die Dinge nicht aufgeklärt, sondern nur noch verwirrt worden sind, Es ist nicht widerlegt worden, dass hier eine Gefälligkeit geschehen ist (Lobhafter Beifall bei der E. L.) Wer an der Gefälligkeit interessiert ist, wissen wir nicht, aber es ist ein in der Verwaltung der Gemeinde stehendes Gut der Waisen verschenkt worden. Darauf muss Antwort gegeben werden (Lobhafter Beifall bei der E. L.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

St. R. Breitner bemerkt zunächst, er habe sich, da er am 30. Juli durch ein Mitglied des Gemeinderates davon verständigt worden sei, dass bei diesem ein Herr erschienen sei mit der Behauptung, er hätte auf dieses Haus ein höheres Anbot gelegt, das vom Magistrat nicht berücksichtigt worden sei, mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt und könne daher dem Gemeinderat eine erschöpfende Auskunft über diesen Fall geben. Er sei auch überzeugt, dass bei einer objektiven Betrachtung die Beschuldigungen, es handle sich hier um Gefälligkeiten und durchsichtige Geschäfte, sich als nicht begründet erweisen werden. Was zunächst die Kompetenzfrage betrifft, beruft sich S. R. Breitner auf eine gutachtliche Äusserung des Mag. Direktors wonach diese Angelegenheit gemäss § 107 der Gemeindeverfassung in den Wirkungsbereich des zuständigen Gemeinderatsausschusses gehöre. Tatsächlich sind auch schon wiederholt Veräusserungen von Stiftungsgütern lediglich vom Ausschuss III behandelt worden so zuletzt der Verkauf der Karolinen Liebelschen Stiftung am 17. Dezember 1930. Die Frage, ob eine Stiftung überhaupt Realbesitz verkaufen soll, kann unter den heutigen Verhältnissen, in denen ein Ertrag aus den Stiftungen nicht zu erzielen ist, insbesondere nicht bei minderwertigen Objekten, nur von dem Standpunkt aus betrachtet werden, wie die Stiftung am ehesten in die Lage kommt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Nun ist angedeutet worden, als ob den Schätzungen des Stadtbauamtes nicht das Ausmass des Objekts von 856 Quadratmeter, sondern nur ein geringeres Ausmass zugrundeliege und es ist ^{daraus} geschlossen worden, dass im Verzeichnis des Haus- und Grundbesitzes der Gemeinde das volle Ausmass dieses Objekts nicht angegeben ist. Es sei nun festgestellt, dass auch bei einer ganzen Reihe anderer Objekte in den Tabellen das Quadratmeterausmass nicht enthalten ist, weil es verlässlich nicht feststellbar war. Dieses Verzeichnis spielt aber bei Grundverkäufen gar keine Rolle, ihnen werden lediglich die Aufzeichnungen des Grundbuches zugrundeliegt, wie dies auch im vorliegenden Falle geschahen ist. Selbstverständlich wurde auch . . . den Schätzungen das volle Ausmass des Objektes von 856 Quadratmetern zugrundeliegt. Was die Verlässlichkeit der Schätzung betrifft, so gibt es in Wien wohl keine Stelle, die über so reiche Erfahrungen in diesen Dingen verfügen würde, wie Oberbaurat Hein, der der Abteilungsvorstand jener Magistratsgruppe ist, die sich mit den Haus- und Grundverkäufen und mit den Angelegenheiten der Bodenwertabgabe zu beschäftigen hat. Dem Oberbaurat Dr. Hein ^{wird} wohl von jedem, der ihn kennt, das Zeugnis ausgestellt werden, dass er ein absolut verlässlicher Beamter ist. Die Schätzung hat sich in der Art vollzogen, dass sich die Mag. Abteilung 8 an die zuständige Mag. Abteilung mit der Frage gewendet hat, wie hoch das in Frage stehende Objekt geschätzt werde. Der Käufer wurde gar nicht genannt. Auch die Mag. Abteilung 8 hat die Verhandlungen nicht mit den Herren Katz geführt, sondern mit einem Rechtsanwalt und längst als die Schätzung bereits vorgelegen war, ist der Name Katz erst bekanntgeworden. Es liegt ^{deshalb} auch nicht der leiseste Schatten einer Ver-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

X. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

mutung vor, als ob es sich hier um eine Gefälligkeitsschätzung handeln könnte. An die Bauamtsabteilung ist aber auch weiters die Frage gerichtet worden, ob unter den Schätzwert im Ausmass von 8 Prozent hinuntergegangen werden könne und es liegt die ausdrückliche Bekundung der Bauamtsabteilung vor, dass mit Rücksicht auf den minderen Zustand des Hauses und auf die ganz unerhebliche Differenz zugestimmt werden könne, dass von 25.000 auf 23.000 Schilling heruntergegangen werde. In diesem Zusammenhange sei auch erwähnt, dass die Partei das Gutachten eines gerichtlich beeideten Sachverständigen des Architekten Haupt beigebracht hat, in dem sich ein Schätzungspreis von nur 16.700 Schilling findet. Weiters sei erwähnt, dass der Magistrat selbst das Gutachten eines gerichtlich beeideten Sachverständigen des Architekten Schmal eingeholt hat. Dieser Sachverständige hat einen zweiten Sachverständigen, den Architekten Zwerina, beigezogen und beide Sachverständigen kommen einvernehmlich zu der Schätzungssumme von 25.100 Schilling, einer Schätzung, die sich nicht nennenswert von der Schätzung des Stadtbaumes untercheidet und beide Sachverständige erklären, dass der vom Magistrat erzielte Kaufpreis von 23.000 Schilling als annehmbar und vertretbar bezeichnet werden kann. St. R. Breitner weist sodann darauf hin, dass die Erhaltungskosten für das in Rede stehende Haus ausserordentliche Höhe waren. Im Jahre 1926 wurde ein Betrag von 10.815, im Jahre 1927 ein Betrag von 7.909 Schilling aufgewendet. In den nächsten Jahren sind laufende Ausgaben von 1637 Schilling erwachsen, im Jahre 1930 wurden 1717 und im Jahre 1931 3.501 Schilling für eine Unterfangung ausgegeben. Die Frage, ob vom Standpunkt der Stiftung selbst diese Transaktion, lösgelöst vom Probo, als vernünftig anzusehen ist, bejaht St. R. Breitner mit dem Hinweis darauf, dass 62 Prozent des Stiftungswertes erhalten geblieben sind, was nur ... äusserst selten ... der Fall ist. Davon, dass der Name Gisel Stiftung verschwinden soll, ist auch keine Rede. Im Gegenteil, sobald der Gemeinderat den Beschluss über den Antrag der jetzt vorliegt gefasst haben wird, wird die Abfuhr an die eigenen Gelder nicht mehr erfolgen und damit erst ermöglicht werden, dass die Giselstiftung erhalten bleibt. Schliesslich kommt St. R. Breitner auf die eingangs seiner Rede gemachte Mitteilung zurück, dass ... angeblich ein anderer Reflektant für dieses Haus vorhanden gewesen sei, der ein höheres Anbot gemacht habe, das aber nicht berücksichtigt worden sei. Der betreffende Mann, ist, sagt St. R. Breitner bei mir auch erschienen, und hat behauptet, dass er vor eineinhalb Jahren ein solches Anbot gestellt habe. Er hat einen Magistratsrat genannt, dem er das Anbot gemacht haben will. Ich habe sofort Erhebungen eingeleitet und festgestellt, dass dieser Magistratsrat seit dem April 1930 mit Stiftungshäusern überhaupt nichts mehr zu tun hat. Auch der gegenwärtig damit befasste Magistratsbeamte hat bekundet, dass er mit einem solchen Anbot nichts zu tun gehabt habe. Ebensowenig konnte in den Einlaufsprotokollen auf viele Jahre zurück, ein solches Anbot.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

XI. Blatt

Wien, am 25. Sept. 1931

gefunden worden. Nun habe ich den Herrn im August d.J. auffordern lassen, mir die Belege für sein Anbot vorzulegen. Er ist bei mir erschienen und hat erklärt, die Kopie nicht vorlegen zu können, er glaube sich zu erinnern, das Anbot mit der Hand geschrieben zu haben. Auch ein Rezepiss über die Absendung des Briefes konnte er nicht beibringen. Auf meine Frage, warum er, da er keine Antwort auf sein Anbot bekommen habe, die Sache nicht weiterbetrieben habe, erklärte er, er habe das unterlassen, weil ihm ein Magistratsbeamter mitgeteilt habe, an einem Verkauf werde nicht gedacht. Nun wurde festgestellt, dass das betreffende Organ des Magistrats seit dem 27. Jänner 1925 sich bereits im Ruhestand befindet (Hört! Hört! bei der E.L.) Nach all dem kann man wohl annehmen, dass das Anbot gar nicht erfolgt ist. Zusammenfassend erklärt St.R. Breitner, der Gemeinderat werde sich aus seinen Ausführungen überzeugt haben, dass in dieser Angelegenheit vollkommen ordnungsmässig vorgegangen worden sei. Von dunklen Dingen und Gefälligkeiten kann gewiss keine Rede sein, auch die Stiftung erleidet keinen Schaden. Er bittet den Gemeinderat, seine Aufklärungen zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St.R. Kunschak (E.L.) bemerkt, St.R. Breitner suche die Sache so darzustellen, als ob es sich ^{hier} um einen ausserordentlich gelungenen Schachzug handeln würde. Aus seinen Ausführungen kann man die ^{sehr freundliche} Aufforderung herauslesen, das Geld ja nur nicht in Häusern anzulegen, sondern es in die Banken zu tragen, vielleicht gar in die Amstelbank. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Stadtbauamt das richtige Grundausmass von 856 Quadratmetern zur Grundlage seiner Schätzung genommen hat, nicht zur Kenntnis nehmen kann ich aber, dass das Verzeichnis der Gemeinde gar keinen praktischen Wert haben soll. Wozu werden dann solche Hilfswerke überhaupt angelegt? St.R. Breitner hat sich auf einen gerichtlich beeideten Schätzmeister berufen, der das Objekt auf 16.000 Schilling geschätzt hat, gleichzeitig aber auf zwei andere ebenfalls gerichtlich beeidete Sachverständige, die es auf 25.100 Schilling geschätzt haben. Da rechtfertigt sich wohl der Schluss, dass die Schätzung solcher gerichtlich beeideter Schätzmeister eigentlich für die Katz ist. Es heisst das nichts anderes, als dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Die Demolierung des Hauses wäre gar keine besondere Affäre gewesen. Erstens war es schon im Jahre 1917 zur Demolierung bestimmt, und dann handelte es sich um ein ganz kleines Objekt. In anderen Fällen kauft die Gemeinde Häuser um sehr schweres Geld und gibt Demolierungserkenntnisse unter Biegung des Rechtes hinaus. So hat man das Objekt 14., Diefenbachgasse als demolierungsreif bezeichnet, um auf die Besitzer einen Druck auszuüben und die Parteien aus dem Haus hinaus zu bringen. Ich habe damals erklärt, ich erbringe den Wahrheitsbeweis dafür, dass das Demolierungserkenntnis des Stadtbauamtes ein grober Amtsmissbrauch sei. Ich habe eine Reihe gerichtlich beeideter Schätzmeister in dieses Haus geführt, die mir

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

XII. Blatt

Wien, am 25. Sep. 1931.

erklärt haben, dass das Haus nicht demolierungsreif ist. Man hat damals unter Aufwand grosser Summen die Mietparteien zum Verlassen des Hauses bewogen, um es auf einen Prozess nicht ankommen zu lassen und dann ist das Objekt noch lange Zeit vollständig leergestanden, bis man das Objekt des ehemaligen GR. Klimberger dazugekauft hat. Auch in anderen Fällen ist man ebenso vorgegangen. In ganz Meidling erhalten Sie um 27 Schilling pro Quadratmeter kein Grundstück. Es ist auch ein Skandal, wenn die Gemeinde ein Objekt unter dem vom Bauamt angegebenen Preis an Ausländer verkauft. Man kann hier mit voller Berechtigung sagen, dass dieses Objekt zu einem Schandpreis verschleudert worden ist (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Weber erklärt, dass dieser Hausverkauf einstimmig vom Ausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten beschlossen worden ist, weshalb die nachträglichen Beschwerden der Minderheit sonderbar erscheinen. Die städtische Hausverwaltung hätte ebenfalls zum Verkauf dieses so hohe Instandhaltungskosten erforderlichen Hauses angeraten. Der Baupolizei kann nicht der geringste Vorwurf gemacht werden.

S. R. in . Mr. Motzke (E. L.) berichtet tatsächlich, dass der Verkaufsakt im Ausschuss für Wohlfahrtswesen nachträglich aufgelegt worden ist und die Minderheit sich der Stimme enthalten habe. In dem Akt war auch die Bestimmung, dass der Erlös an die eigenen Gelder der Gemeinde abgeführt wird, nicht enthalten. Sie muss nachträglich eingefügt worden sein.

St. R. Prof. Tandler berichtet, dass dieser Passus schon im ersten Entwurf enthalten war. Es hat über diese Angelegenheit im zuständigen Gemeinderatsausschuss keinerlei Meinungsverschiedenheiten gegeben.

Die Vorlage wird unverändert mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

St. R. Weber beantragt den Bau einer Wohnhausanlage auf dem Engelsplatz nach den Entwürfen des Architekten Rudolf Perce. Die Anlage enthält 109 Wohnungen, eine Transformatorenstation und eine Coloniasammelstelle. Die Baukosten betragen 1n312.000 Schilling.

GR. Kunschak (E. L.) nimmt gegen einen Aufsatz in der Arbeiter-Zeitung Stellung, nach dem die Gemeinde ihr Bauprogramm nunmehr zur Gänze erfüllt hätte. Das entspricht nicht der Wahrheit. Es fehlen nach unseren Berechnungen noch immer rund 1200 Wohnungen. Die heute vorliegenden Bauprojekte reichen sicherlich schon in das Budgetjahr 1932 hinüber und man sollte dies auch budgetmässig feststellen.

St. R. Weber erwidert, dass erst nach Abschluss des grossen Bauprogrammes absolute Klarheit bestehen wird. Es ist schon rein technisch, aber auch wirtschaftlich unmöglich, gleichzeitig 6000 Wohnungen zu beginnen und zu vollenden, immer ist ein Teil des vorjährigen Bauprogramms noch in Arbeit, während gewisse Bauten des kommenden Programmes schon früher begonnen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

XIII. Blatt

25. Sep. 1931.

Wien, am

unsor
Um 30.000 Wohnungen umfassendes Programm zu vollenden, müssen noch 6800 Wohnungen in Angriff genommen werden. Selbst wenn durch finanzielle und Witterungsverhältnisse eine gewisse Verzögerung einträte, so gebe das bei einem Bauprogramm von insgesamt 60.000 Wohnungen absolut keinen Anlass zu irgendeiner berechtigten Bemängelung. Wir haben am 1. September nach einem Bericht des Stadtbauamtes 9391 Wohnungen in Bau, davon werden hauer noch rund 4000 vollständig fertig werden. Die Gemeindeverwaltung wird alles aufbieten um das Bauprogramm restlos zu erfüllen (Beifall).

Der Antrag des Referenten wird unverändert angenommen.

GR. Rzohak beantragt den weiteren Ausbau der städtischen Wohnhausanlage in Simmering Hasenleitnergasse.

GR. Körber (E.L.) bemängelt, dass dieses Grundstück, das Eigentum des Bürgerversorgungsfonds sei, der Gemeinde zu billig überlassen wurde, wodurch der Fond geschädigt worden ist. Die Minderheit musste wiederholt feststellen, dass in den städtischen Objekten alle möglichen Parteilokalitäten eingebaut werden. Auch in diesem Neubau soll einer politischen Organisation ein Lokal gegeben werden.

GR. Rzohak teilt mit, dass in dieser Wohnhausanlage keinerlei Räume an politische Organisationen vermietet werden. Die Gründe des Bürgerspitalfonds werden zu den ortsüblichen Preisen gekauft, so dass von einer Schädigung des Fonds nicht gesprochen werden könne.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Bermann beantragt eine zweijährige Bausperre für die Grundflächen auf dem Gebiete des Freihauses und des ehemaligen Naschmarktes. Diese Bestimmung der Bauordnung muss jetzt angewendet werden, da eine Reihe von Bauansuchen vorliegen, die mit Rücksicht auf die doch einmal zur Verbauung kommenden grossen Freihausgründe und den dort sehr stark entwickelten Verkehr nicht gesondert behandelt werden können.

St. R. Biber (E.L.) sagt, dass dieses Gebiet schon vor dem Krieg mit grossen Kosten reguliert worden ist. Der Regulierungsplan muss als durchaus gelungen bezeichnet werden, weshalb die jetzt ~~verhängte~~ verhängte Bausperre unbegreiflich ist. Man hat übrigens dort zwei grosse Bauten genehmigt, warum also die ungleiche Behandlung von privaten Bauwerken.

GR Bermann erwidert, dass diese beiden Bauten in der Fluchtlinie liegen, was bei den anderen Plänen nicht zutrifft. Der Regulierungsplan ist längst überholt, da er meist nur 25 Meter breite Strassen vorsieht, während jetzt mindestens 28 breite Verkehrsflächen dort notwendig sind. Es handelt sich hier um die Durchführung der neuen Bauordnung, die unbedingt eingehalten werden muss.

Die Vorlage wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Schluss der Sitzung 9'30 Uhr.

Bogenabfertigung 10 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

298

Wien, am 26. September 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Ehrung eines Wiener Journalisten.

Wie schon berichtet, hat der Gemeinderat der Stadt Wien dem Vizepräsidenten der deutschösterreichischen Schriftstellergenossenschaft Rudolf Kalmar in Würdigung der Verdienste, die er sich auf dem Gebiete der Journalistik erworben hat, anlässlich seines 60. Geburtstages einen Ehrenring verliehen. In Vertretung des Bürgermeisters haben heute die Oberamtsräte Hansal und Landertshammer Chefredakteur Kalmar den Ehrenring überreicht. Die Ueberreichung ist über besonderen Wunsch Rudolf Kalmar's in einfacher Form in seiner Privatwohnung erfolgt.

Freigabe der Hauptallee für Benzinkraftwagen.

Auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines und der Wiener Stadion-Betriebsgesellschaft hat der Magistrat anlässlich des Rennens "Grosser Preis von Wien" und des "Graf Kalam Hunyady-Gedenkrennens" und der Veranstaltungen im Wiener Stadion die Prater-Hauptallee morgen, Sonntag, und am Sonntag, den 4. Oktober, in der Zeit von 12 Uhr bis 21 Uhr 30 in der Strecke vom Praterstern bis zur Meiereistrasse für Benzinfahrzeuge mit Ausnahme von Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen freigegeben.

Verkehrsregelung.

Im Siedlungsgebiet Hermeswiese und Kolonie Lainz-Speising befinden sich die Dvorakgasse, Ebersberggasse, Hörndlwaldgasse, Lynkousgasse und Königsgasse. Diese Strassenzüge sind reine Wohnstrassen, in denen aus Sicherheitsgründen wegen der engen Fahrbahn, der schmalen Gehsteige, der unübersichtlichen und scharfen Ecken und aus wohngygonischen Gründen die allgemeine Durchfahrt nach Möglichkeit hintangehalten werden soll. Der Magistrat hat daher im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion die Durchfahrt durch die vorher genannten Strassenzüge verboten. Uebertretungen des Verbotes werden von der Bundespolizeidirektion gemäss dem Wiener Strassenpolizeigesetz mit Geldstrafen bis zu fünfhundert Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu vier Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann. Für den Verkehr in diesem Gebiet stehen die Speisingerstrasse, Hochmaiggasse und Hermesstrasse zur Verfügung.

Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfshaim.

Die Bezirksvertretung Rudolfshaim tritt am Freitag, den 2. Oktober, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

299

Wien, am 27. September 1931.

Für Kindheit und Jugend.

Bürgermeister Seitz eröffnet den Montessori-Kindergarten auf dem Rudolfsplatz und die Baugewerbeschule des Fortbildungsschulrates in Kagran.

Heute vormittags wurde der Kindergarten, den die Gemeinde Wien auf dem Rudolfsplatz errichtet hatte und der nach den Methoden der berühmten Pädagogin Dr. Maria Montessori geführt wird, durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. In strahlendem Sonnenschein hatten sich in der Parkanlage auf dem Rudolfsplatz vor dem neuen Kindergartengebäude viele hunderte Menschen aus dem Bezirke versammelt, um der festlichen Eröffnung beizuwohnen. Zu der Eröffnungsfeier waren auch Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Richter und Professor Dr. Tandler, viele Bezirksvorsteher und Gemeinderäte, Magistrats-Direktor Dr. Hartl, die leitenden Beamten des Wohlfahrtsamtes, des Stadtbauamtes, des Stadtschulrates und viele andere erschienen.

Durch Musikvorträge der Feuerwehrkapelle wurde die Eröffnungsfeier eingeleitet. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Urbach begrüßte sodann den Bürgermeister, die Stadträte und die Festversammlung; er führte in seiner Ansprache aus: "Wir haben an den Bürgermeister die Bitte gerichtet, dieses Haus, von dem die Kinder bereits Besitz ergriffen haben, zu eröffnen, weil wir in dieser Zeit der schrecklichen Not, der furchtbaren Arbeitslosigkeit Festtage brauchen, die uns Kraft geben, weiter zu arbeiten zum Wohle der Stadt und ihrer Bevölkerung. Für uns Bewohner der Inneren Stadt war es freudigste Ueberraschung, dass gerade in diesem Bezirke nicht bloss ein Kindergarten, sondern ein so mustergültiges Haus errichtet wurde." Mit herzlichen Dankesworten an die Gemeindeverwaltung für das schöne Werk schloss Bezirksvorsteher-Stellvertreter Urbach seine mit lobhaften Beifall aufgenommene Ansprache. Im Namen des Kuratoriums des "Hauses der Kinder" - dies ist der Name des neuen Kindergartens - dankte dann Frau Dr. Leichter der Gemeinde Wien dafür, dass sie dieses Werk ermöglicht habe. Hier sei durch die Gemeinde dem Gedanken einer genialen Frau sozialer Inhalt gegeben worden. Auch in der Inneren Stadt, einem Bezirk, der als Nobelbezirk gelte, gebe es Kinder, die in engen Wohnungen ohne Licht und Luft wohnen müssen und deren Spielplatz der enge Hof ohne Sonnenstrahl oder die Strasse sei. Diese Kinder haben hier in dem neuen Kindergarten ein Heim gefunden. (Lobhafter Beifall).

Stadtrat Professor Dr. Tandler betrat sodann, mit lautem Beifall begrüßt, die Rednertribüne. "Es ist ein Werk, das der Jugend, der kommenden Generation dienen soll, das wir heute eröffnen. Grosse Schwierigkeiten waren bei der Errichtung dieses Werkes zu überwinden; aber diese Schwierigkeiten sind nichts Originelles, nichts, was nur hier aufgetreten wäre. Wo immer die Gemeinde etwas Neues schafft, hat sie gegen Nörgler zu kämpfen. Alles Neue, alles, was die Zeit fordert, findet Widerstand bei denen, die die Forderungen der Zeit nicht zu würdigen wissen. Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit der Alten gegenüber den Forderungen der Kinder kann man da häufig finden; es gibt eben Menschen, die nur ungern der Fahne des Gemeinns folgen wollen. Wie häufig haben wir mit der Meinung zu kämpfen, dass Schönes und Gutes sich nur für jene zieme, die das nötige Geld dazu haben. Dass das Volk und seine Kinder Anspruch auf Schönheit, Anspruch auf das Beste haben, dieser Gedanke muss immer erst erkämpft werden. Man hat uns

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 27. September 1931.

vielfach vorgeworfen, dass eine so arme Stadt solche schöne Kindergärten schaffe. Aber man kann nur durch Schönes und Gutes richtig erziehen! Was wir tun, geschieht nicht, weil wir reich sind, - wir alle wissen, dass das nicht der Fall ist -, es geschieht, weil wir arm sind. Wenn die Gemeinde Wien im Laufe der letzten Jahre 60 Kindergärten errichtet und sich bemüht hat, sie so schön wie möglich herzustellen, so hat sie das getan, um den Kindern des Volkes die Möglichkeit des Genusses eines Sonnenstrahles zu bieten, damit diese Kinder, wenn sie einst erwachsen sind und diese Stadt von uns übernehmen, uns den Dank abstatton, indem sie ihren Kindern noch schönere und bessere Werke schaffen. (Brausender Beifall).

Jubelnd begrüsst führte dann Bürgermeister Seitz in seiner Eröffnungsansprache aus: "Wenn wir heute wieder einen Kindergarten in Wien eröffnen, ein Werk, dessen sich Professor Tandler mit Recht rühmen kann, so müssen wir gleich sagen, dass auch auf diesem Gebiete der Fürsorge für die Jugend des Volkes noch nicht genug geschchen ist. Im Grunde genommen müsste in einer gut verwalteten Stadt für jedes Kind, das den Kindergarten besuchen will oder soll, leicht die Möglichkeit dazu vorhanden sein. Wir sind noch nicht soweit, weil wir arm sind. In den zwölf Jahren Wiederaufbauarbeit nach dem Krieg konnten wir auf diesem wie auf vielen anderen Gebieten der Kommunalverwaltung nur grundsätzlich wirken, wir konnten organisatorisch nur andeuten, was wir eigentlich wollen, nur die Grundlage oder im günstigsten Fall das Gerüst schaffen für die Organisation, die erst errichtet werden muss. Besonders auf dem Gebiete der Fürsorge empfindet man das, weil Professor Tandler mit der ihm als Lehrer eigenen Geschicklichkeit den Massen zu zeigen verstanden hat, wie die Fürsorge organisiert sein soll, und weil man überall sieht, es bedarf nur der notwendigen finanziellen Mittel, um rings um das Gerüst, das wir geschaffen haben, all das anzusetzen, was eine vollkommen klaglos funktionierende Fürsorgeorganisation bewirkt. Wenn wir uns der Zeiten erinnern, da Fröbel begann, Kindergärten zu begründen, oder gar der Zeiten, da Pestalozzi als erster Kinder um sich sammelte, und dann die ganze Entwicklung des Kindergartenwesens und der Erziehung der vorschulpflichtigen Kinder überblicken, so sehen wir einen ungeheuren Fortschritt. Uns Laien erscheint es so, als wäre der Montessori-Kindergarten die Spitze dieser Entwicklung in unserer Zeit. Wenn so oft gesagt wird, es sei notwendig und nützlich, dass die Kinder in solchen Anstalten ständig betreut werden, dann muss ich sagen, dass ich als Kind immer davor Angst gehabt habe, dass mich jemand betreuen oder erziehen wolle. Deshalb ist das, was mir an dem Montessori-Kindergarten so gut gefällt, dass man darin beinahe keine Erzieher und Betreuer sieht, dass man es den Kindern freistellt, womit sie sich beschäftigen wollen, und dass der Erzieher fast gänzlich zurücktritt und ein fast unsichtbarer Lenker ist. Das ist ein Vorzug und das wird uns vielleicht helfen, Menschen zu erziehen, die Initiative haben und wissen, was sie wollen, die aussich selbst etwas geworden sind und daher auch anderen den richtigen Weg weisen können. Solche Menschen brauchen wir zum Aufbau dieser Stadt und Oesterreichs. Freuen wir uns der neuen Stätte für die Bildung freier, kluger, starker und energischer Menschen! Hoffen wir von ihrem Wirken, dass Wien einst froh und glücklich werde. Das Haus der Kinder sei eröffnet." (Stürmischer, langanhaltender Beifall). Bürgermeister Seitz dankte sodann allen, die an der Errichtung des neuen Kindergartens mitgewirkt haben. Sein Dank galt vor allem Stadtrat Professor Dr. Tandler und dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner, dann dem Architekten Schuster aus

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 27. September 1931.

Frankfurt, dem Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil und allen dessen Mitarbeitern, die an der Errichtung des neuen Kindergartens als geistige Arbeiter oder als Kärner am Werk mitgearbeitet haben. Dann dankte der Bürgermeister allen, die an der Errichtung des Kindergartens mitgewirkt und sich auch durch Spenden beteiligt haben.

Die Leiterin des neuen Kindergartens, Frau Roubiczek, dankte dann im Namen der Arbeitsgemeinschaft, der der Betrieb des Kindergartens obliegt, dem Bürgermeister und der Gemeinde Wien für die Errichtung des Hauses der Kinder. An die Eröffnungsfeier schloss sich ein Rundgang durch den Kindergarten, der in vollem Betrieb war. Der Bürgermeister und die Festgäste gaben der Anerkennung für das Werk, das hier geschaffen wurde, wiederholt Ausdruck.

Die Baugewerbeschule des Fortbildungsschulrates.

Um die Mittagsstunde eröffnete dann Bürgermeister Soitz die neue Baugewerbeschule des Wiener Fortbildungsschulrates an der "Agrarstrasse" in Kagran. Nach Musikvorträgen einer Strassenbahnerkapelle ergriff der Obmann Stellvertreter und Amtsdirektor des Fortbildungsschulrates, Gemeinderat Täubler, das Wort. Er führte aus: "Wir wollen heute die Baugewerbeschule des Fortbildungsschulrates, deren wesentlichster Teil der Schulbauhof ist, eröffnen. Es ist eine Schule besonderer Art, die hier errichtet worden ist. Der Fortbildungsschulrat hat bei den verschiedenen Gewerben Werkstättenunterricht eingeführt und Schulwerkstätten errichtet. Dass aber für Maurer, Steinmetze und Pflasterer eine Werkstätte gebaut wird, das ist etwas Neues und etwas Sonderbares und gar mancher dürfte es seltsam finden. Dass auch diese Gewerbe in einer Schulwerkstätte unterrichtet werden müssen, ist eine Notwendigkeit, die aus dem Schulbetrieb erwächst. Wir können den Meistern die Lehrlinge in der schönen Zeit nicht an vielen Tagen wegnehmen, wir müssen auch im Winter bauen lehren. Man muss bedenken, dass im ersten Jahrgang der Baugewerbeschule im ganzen Jahr 70 Stunden Werkstättenunterricht, im zweiten und dritten Jahrgang je 105 Stunden Werkstättenunterricht vorgesehen ist. In allen drei Jahren haben also die künftigen Maurer, Steinmetze und Pflasterer nur etwa 6 volle Arbeitswochen Werkstättenunterricht. Im Betrieb können die Lehrlinge heute nicht mehr die verschiedensten Arbeiten ihres Gewerbes kennenlernen. Daher musste dieser Schulhof errichtet werden, in dem den Lehrlingen alle notwendige Kenntnis vermittelt wird. Die neue Schule ist für mehr als 500 Maurerlehrlinge, für mehr als 40 Steinmetzlehrlinge und für etwa 25 Pflastererlehrlinge bestimmt. Mit der Errichtung des Bauhofes wurde bereits im Jahre 1929 begonnen. Heute ist der Bauhof und die anschließende Schule vollendet. Der Grund, auf dem dieses Gebäude steht, ist ebenso wie der Grund, auf dem die grosse Gartenbauschule und der Schulgarten sich befinden, Eigentum der Gemeinde Wien, die ihn uns für einen kleinen Anerkennungszins auf die Dauer von 30 Jahren zur Verfügung gestellt hat. Bei der Einrichtung der Schule haben wir das gleiche Prinzip walten lassen, wie bei der neuen zweiten gewerblichen Fortbildungsschule an der Hütteldorferstrasse. Die Räume sind schön, weil wir glauben, dass wir durch Schönheit erziehen können und dass das Schöne besser geschont wird. Dass dieses Prinzip richtig ist, können wir heute an der Schule an der Hütteldorferstrasse sehen, die bereits fünf Jahre in Betrieb ist, aber dem Besucher immer wieder neu eröffnet erscheint". Dann dankte Gemeinderat Täubler den vielen Mitarbeitern bei der Errichtung der neuen Fachschule. Fachlehrer, Innungen und Gehilfenausschüsse haben dabei zusammengearbeitet. Der Bauhof ist unter der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV-Blatt

Wien, am 27. September 1931.

Leitung des Stadtbauamtes errichtet worden. Mit dem Hinweis, dass es eine Schule ähnlicher Art für Lehrlinge in der ganzen Welt nicht gebe, bat dann Gemeinderat Täubler den Bürgermeister, die neue Schule zu eröffnen.

Von den vielen Festgästen, die sich vor dem Bauhof versammelt hatten, - es waren auch Vizebürgermeister Emmerling, die Stadträte Kokrda, Richter und Professor Dr. Tandler, Nationalrat König, viele Bezirksvorsteher und Gemeinderäte, die meisten Mitglieder des Fortbildungsschulrates, leitende Beamte des Stadtbauamtes und des Fortbildungsschulrates und viele andere erschienen, - stürmisch begrüsst, hielt dann Bürgermeister Scitz die Eröffnungsrede. "Ich folge gern dem Ruf des Fortbildungsschulrates," sagte Bürgermeister Scitz, "diese Schule zu eröffnen. Die Beziehungen zwischen Gemeindeverwaltung und den jeweiligen Fortbildungsschulräten waren immer sehr innig. Schon die Gesetzgebung über das gewerbliche Schulwesen verweist immer wieder auf die Gemeinde; und die Gemeinde wird bei der Festsetzung und Begrenzung ihres Wirkungskreises nicht nur auf das Volksschulwesen, sondern nicht zuletzt auch auf das Fortbildungsschulwesen verwiesen. Jede Gemeinde ist von den in der Wirtschaft wirkenden Kräften abhängig. Je besser diese Kräfte ausgebildet sind, je mehr die Jugend geschult wird, in ihrem Gewerbe, in ihrem Berufszweig Tüchtiges zu leisten, umso regsamer wird die Wirtschaft der Gemeinde sein, umso grösser die Aussicht, dass sie sich nicht bloss auf den engen Kreis der Stadt beschränke, sondern die Produkte ihres Gewerbfleißes, ihres industriellen Fleisses auch in das Ausland absetze. Gedeh und Verderb jeder Stadt steht in innigem Zusammenhang mit der Wirtschaft. Diese selbst aber ist wieder bedingt durch die Bildung ihres Nachwuchses. Hand in Hand mit der Entwicklung des Gewerbes muss selbstverständlich die Entwicklung der Erziehung des Nachwuchses gehen. Das poetische Bild des fleissigen Handwerksmannes in einem schlichten Heim mit Frau und Kindern, einigen Gesellen und einigen Lehrlingen, das patriarchalische Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling hat der Entwicklung des Gewerbes nicht standgehalten. Die Technik des Handwerkes ist eine andere geworden und darum musste sich auch das Verhältnis von Lehrherrn und Gesellen zum Lehrling ändern. Ein Geselle, der im Taglohn steht, kann den Lehrling erziehen, ihn anweisen, ihm immer wieder Fachliches erklären. Wenn aber der Geselle im Akkord arbeitet, dann ist ihm leicht der Lehrling ein Ballast, dann müsste er die Ausbildung des Lehrlings von seinem Arbeitslohn bezahlen. So hat die moderne Technik und die neue soziale Organisation des Gewerbes auch den Lehrling ganz anders gestellt. Der Nachwuchs in Gewerbe und in Industrie wird nun nicht mehr bloss im Betrieb erzogen, er wird in Schulen herangebildet. Der Betrieb ist für die Ausbildung eigentlich nur mehr das, was wir bei anderer Bildung ein Seminar nennen. Im Zuge dieser Entwicklung musste das Fortbildungsschulwesen immer wieder Neues schaffen. Wenn wir bestehen wollen in der Welt, wenn der gute Ruf unseres Gewerbes erhalten bleiben soll, so müssen wir unseren Nachwuchs gut ausbilden. Darum ist die Schaffung neuer Schulen, ihre Ausstattung mit allem, was die moderne Didaktik uns gegeben hat, keine Verschwendung. Das Wiener Gewerbe und die Wiener Industrie würden nie bestehen können, sondern langsam veröden und verelenden, wenn sie bloss auf den inländischen Absatz gestellt wären. Durch beste

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 27. September 1931.

Qualitätsarbeit müssen wir der Welt etwas bieten, damit wir unseren Export fördern und diese grosse Stadt erhalten können. Eine Zweimillionenstadt in einem Sechsmillionenstaat ist eine volkswirtschaftliche Unmöglichkeit, wenn diese Stadt nicht ein Zentrum internationalen Gewerbes, internationalen Handels, international wirkender Industrie ist. Darum ist alle Sorgfalt bei der Heranbildung des Nachwuchses anzuwenden. Ich freue mich, dass der Fortbildungsschulrat durchdrungen ist von der Ueberzeugung, dass für die Jugend des Gewerbes das Beste geschaffen werden muss, ich freue mich, dass dabei von allen Ständen, von allen Parteien freudig zusammengearbeitet wird, dass es das gemeinsame Ziel aller ist, unsere gewerbliche Jugend tüchtig und leistungsfähig zu machen. In diesem Sinne ist das Haus errichtet worden. Ich danke namens der Stadt dem Wiener Fortbildungsschulrat und erkläre die neue Baugewerbeschule für eröffnet." Stürmischer Beifall dankte dem Bürgermeister für seine Ausführungen. An die Eröffnung schloss sich ein Rundgang durch die Baugewerbeschule und dann eine Besichtigung der in unmittelbarer Nähe gelegenen grossen Gartenbauschule des Fortbildungsschulrates für Wien an. Die Festgäste zeigten für die neuen Einrichtungen und für die modernen Unterrichtsmethoden volles Interesse und zollten dem Geschaffenen vollste Anerkennung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

300

Wien, am 28. September 1931.

Hauspersonalabgabe für Bedienerinnen.

Der Verwaltungsgerichtshof über die Abgabepflicht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat kürzlich über eine Beschwerde gegen Verschreibung der Hauspersonalabgabe für eine Bedienerin verhandelt. In der Beschwerde wurde Gesetzwidrigkeit geltend gemacht, da die Bedienerin weder regelmässig noch ausschliesslich für die Hauswirtschaft des Beschwerdeführers verwendet worden sei.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde abgewiesen. In der Entscheidung des Gerichtshofes wird ausgeführt, dass die Regelmässigkeit der Verwendung der Bedienerin durch die amtlichen Erhebungen nachgewiesen worden sei; die Bedienerin sei nämlich an drei oder vier Tagen der Woche regelmässig beschäftigt worden. Sie habe auch aus der Barentlohnung von sechs Schilling für den Arbeitstag samt voller Verpflegung ihren hauptsächlichsten Lebensaufwand bestritten. Dass die Bedienerin tagweise beschäftigt und taglich entlohnt worden sei, bleibe für die Frage der Abgabepflicht ohne Belang.

Goldene Hochzeiter.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Josef und Barbara Cerny, Karl und Sophia Fantis, Anton und Marie Hejna, Wilhelm und Elisabeth Jeschko, Franz und Maria Kominek, Johann Jakob und Antonie Sahling und Georg und Anna Maria Strnad das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In den letzten Tagen wurde die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Leopoldstadt im ersten und zweiten Rondoau im Volksprater, in Favoriten in der Stoudelgasse, Hausergasse, Loimäckergasse, in einem Teil der Pernerstorfergasse, in Hietzing in der Siedlung Lockerwiese, in einem Teil der Breitenseerstrasse, in einem Teil des Flötzersteiges und in Floridsdorf in der Bahnstoggasse in Betrieb gesetzt.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Wieden tritt morgen, Dienstag, um 16 Uhr 30 zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Währing findet am Donnerstag, den 1. Oktober, um 17 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

301

Zweite Ausgabe.

Wien, am 28. September 1931.

Die Städte und das Steuerprogramm der Regierung.

Die Leitung des Städtebundes hat für Dienstag vormittag die Bürgermeister der grösseren Städte in das Wiener Rathaus zu einer Sitzung einberufen, die sich mit dem Spar- und Steuermassnahmen der Bundesregierung beschäftigen wird. Die grösseren Städte und die Industriegemeinden befinden sich infolge der Wirtschaftskrise in einer aussergewöhnlich schwierigen finanziellen Lage, die durch die zweimalige Erhöhung des Zinsfusses noch verschlimmert worden ist. Die Bemühungen des Städtebundes durch die Ausgabe von langfristigen Kommunalobligationen den Zinsfuss für die Gemeindeschulden zu senken und zu stabilisieren, scheiterten an dem Widerstand der Hypothekarinstitute in den Bundesländern. Die nunmehr von der Regierung dem Nationalrat am Mittwoch vorgeschlagene Kürzung der Bezüge der Gemeindeangestellten würde den Gemeinden nicht jene Entlastung bringen, die notwendig ist, um auch nur den Fürsorgeapparat im Winter aufrechterhalten zu können. Eine Reihe von Gemeinden hat übrigens mit den Organisationen der Angestellten bereits vor dem Bekanntwerden der Regierungsvorlage über die Bezugskürzung Verhandlungen über einen Abbau der Bezüge geführt, die vielfach vor dem Abschluss stehen. Die von der Regierung geplante Krisensteuer sowie die Verlängerung der erhöhten Biersteuer soll ausschliesslich dem Bund zufallen; eine Beteiligung der Gemeinden ist im Regierungsentwurf ebensowenig vorgesehen, wie bei der Erhöhung der Benzinsteuern von 13 auf 30 Groschen. Den Gemeinden werden also durch das Steuerprogramm der Regierung keinerlei neue Mittel zugeführt. Dagegen bringt die Einhebung der Verkehrssteuer für Autobusunternehmungen einer Reihe von Gemeinden eine sehr fühlbare Belastung.

Die Wünsche der Städtevertreter werden nach der Sitzung dem Bundeskanzler durch eine Abridung bekanntgegeben werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

302

KARL HONAY

Wien, am 29. September 1931.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung im ersten Halbjahr 1931.

Ein Heim für 9370 Personen geschaffen.-Noch 12.992 Wohnungssuchende in Evidenz.

Bekanntlich hat die städtische Wohnhäuserverwaltung, in der Bevölkerung noch immer "Wohnungsamt" genannt, auch die Aufgabe, die Wohnungsbedürftigen Wiens in Evidenz zu halten und ihnen, soweit das möglich ist, Wohnungen zuzuweisen. Sie hat nunmehr dem Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen den Bericht über ihre Tätigkeit im ersten Halbjahre des heurigen Jahres vorgelegt. Man kann aus diesem Berichte entnehmen, welche bedeutende Arbeit geleistet worden ist. Trotzdem aber muss festgestellt werden, dass die Zahl der Wohnungsbedürftigen Personen in Wien stets ansteigt. Das wird sofort klar, wenn man erfährt, dass in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 7310 Ehen in Wien geschlossen worden sind, dass also im ersten Halbjahr 7310 neue Haushalte gegründet worden sind. Aber nicht nur die neuentstandenen Haushalte vergrößern die Zahl der Wohnungssuchenden; dazu kommen noch alle, die ihre Wohnung verloren haben, weil sie gekündigt oder delogiert werden sind, deren Wohnung überfüllt ist oder wegen Baugebrochen unbewohnbar wird. Dass es sich dabei um viele tausende Parteien handelt, erkennt man bereits aus der Zahl der Kündigungen, die bei den Wiener Bezirksgerichten im ersten Halbjahre eingebracht worden sind; 9063 Parteien sind in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres gerichtlich gekündigt worden. Freilich wird von diesen Kündigungen nur ein Teil rechtswirksam, weil es sich in vielen Fällen erweist, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Kündigung nicht gegeben sind. Wer aber gekündigt wird, wendet sich meist sofort an die städtische Wohnhäuserverwaltung und sucht um Zuweisung einer neuen Wohnung an. Ganz bedeutend ist die Zahl jener Parteien, die ihre gegenwärtige Wohnung zur Verfügung stellen und an deren Stelle die Zuweisung einer anderen, grösseren oder günstiger gelegenen Wohnung anstreben. So sind denn im ersten Halbjahre nicht weniger als 45.314 Wohnungsansuchen und 1.516 Gesuche um Zuweisung von Geschäftslokalen bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung eingebracht worden. Am 31. Dezember des Vorjahres waren bei der Wohnhäuserverwaltung 11.334 Wohnungssuchende vorgemerkt; 4.966 Parteien mussten in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres noch in Evidenz genommen werden, aber nur 2.757 wohnungsbedürftige Parteien konnten in der gleichen Zeit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 29. September 1931.

von der städtischen Wohnhausverwaltung untergebracht worden. Da in 551 Fällen festgestellt werden konnte, dass ein Wohnungsbedarf vorgemerkter Parteien nicht mehr vorhanden war, und diese Vormerkungen daher gelöscht werden konnten, standen Ende Juni somit bei der städtischen Wohnhausverwaltung 12.992 Wohnungssuchende in Evidenz; die Zahl der vorgemerkten Parteien ist also seit 1. Jänner um 1658 gestiegen.

Von den 2.757 Parteien, die von der städtischen Wohnhausverwaltung untergebracht werden konnten, waren 465 gerichtlich delogiert worden; 362 Parteien hatten ihre Wohnung wegen eines Baugrobrechens oder wegen bevorstehender Delogierung des Hauses räumen müssen; in 466 Fällen war die Unbewohnbarkeit der Wohnung amtlich festgestellt worden. Bei 574 Parteien war der Wohnungsbedarf wegen getrennten Haushaltes der Ehegatten und Untermieter in überfüllten Wohnungen und in 890 Fällen wegen allzuweiter Entfernung vom Arbeitsorte, wegen Überbelages der bisherigen Wohnung, aus beruflichen oder sonstigen Gründen eingetreten. Durch die Unterbringung von 2.757 Parteien hat die städtische Wohnhausverwaltung insgesamt 9.370 Personen, darunter 2.609 Kindern unter 14 Jahren, ein neues hygienisches Heim verschafft.

Es wird noch bemerkt, dass am 1. September auf 66 Baustellen 9.391 Wohnungen im Bau waren und dass hiervon bis Ende 1931 noch gegen 3000 Wohnungen zur Besiedlung kommen werden.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt morgen, Mittwoch, um 17 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt tritt am Samstag, den 3. Oktober, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt findet am Mittwoch, den 7. Oktober, um 19 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

303

II. Ausgabe.

Wien, am 29. September 1931.

Die neuen Steuergesetze und die Gemeinden.

Stellungnahme des Städtebundes zum Budgetsanierungsgesetz.

Im Wiener Rathaus wurde heute unter dem Vorsitz des Grazer Bürgermeisters Muchitsch eine Konferenz der Vertreter der grösseren Gemeinden abgehalten. Es wurde der Regierungsentwurf über die Budgetsanierung beraten. Das Referat erstattete der Sekretär des Städtebundes Honay. Er führte aus, dass am Mittwoch die im Nationalrat zur Verhandlung stehenden Steuervorlagen eigentlich einer neuen Abgabenteilung gleichkommen. Die geplante Krisensteuer und die im Sommer wirksam gewordene Besoldungssteuer schmälern den Ertrag der Einkommensteuer, an der die Gemeinden mit 25 Prozent beteiligt sind. Da Krisen- und Besoldungssteuer ausschliessliche Bundesabgaben sind, erleiden die Gemeinden fühlbare finanzielle Einbussen. Die Kürzung der Bezüge aller öffentlichen Angestellten führt ebenfalls zur Senkung der Einkommensteuer, wodurch wieder der Gemeindeanteil verringert wird. Die von der Regierung im Wege eines Verfassungsgesetzes vorgeschlagene einheitliche Besoldung der Gemeinde- und Bundesangestellten würde wohl den Städten finanzielle Erleichterung bringen; doch dürfen die grossen parlamentarischen Schwierigkeiten nicht verkannt werden, die sich diesem Verfassungsgesetze entgegenstellen. Es hat zwar eine Reihe von Gemeinden schon vor Wochen mit ihren Angestellten Verhandlungen über Bezugskürzung begonnen, deren Abschluss aber nunmehr durch die Regierungsvorlage verzögert wird. Die Gemeinden benötigen jedoch dringend Mittel, um die gestiegenen Ansprüche an die Fürsorge und den erhöhten Zinsendienst bestreiten zu können. Bei der letzten Versprache der Städtevertreter beim Bundeskanzler im August wurde von der Regierung eine Winterhilfe für die ausgesteuerten Arbeitslosen an die Städte zugesagt. Auch die Prüfung der Umwandlung der kurzfristigen Gemeindekredite in Kommunalobligationen wurde vom Bundeskanzler versprochen. Leider sind diese Zusagen bis heute nicht erfüllt worden. Der Bund will nun auch die Benzinststeuer verdoppeln, jedoch den Gemeinden keinen Anteil geben. Ebenso ist keine Beteiligung der Gemeinden an der Biersteuer vorgeschrieben, die nach erfolgter Bedeckung des Notopfers für die Landwirtschaft auch weiterhin eingehoben werden soll. Schliesslich erleiden viele Städte durch das neue Kraftfahrlineingesetz eine schwere finanzielle Belastung.

In der Debatte sprachen die Bürgermeister Gruber (Linz), Fischer (Innsbruck), Muchitsch (Graz), Sichlrader (Steyr), Schnöfl (St. Pölten), Ofenböck (Wiener-Neustadt), Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz), die Stadträte Sacher (Klagenfurt), Dr. Fischer (St. Pölten) und Professor Holzer (Wiener-Neustadt). Es wurde beschlossen, von der Regierung eine Beteiligung der Gemeinden an der Krisensteuer nach dem Ein-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 29. September 1931.

kommunsteuerschlüssel, ferner einen Anteil an der erhöhten Benzinsteuern von 40 Prozent und an der Biersteuer von 15 Prozent zu verlangen. Mit allem Nachdruck sei auch die Ermächtigung zur Ausgabe von Kommunalobligationen und die Winterhilfe vom Bund zu fordern.

Die Städtevertreter beim Bundeskanzler.

Unter Führung des geschäftsführenden Obmannes des Städtebundes, Vizebürgermeister Emmerling, sprachen die Teilnehmer an der Konferenz bei Bundeskanzler Dr. Buresch vor. Bürgermeister Fischer (Innsbruck) informierte den Bundeskanzler eingehend über die Wünsche der Gemeinden. Bürgermeister Muchitsch verwies auf die Bestimmung in der Regierungsvorlage, wonach den Städten Wien und Graz vom 1. Jänner 1932 an die Einhebung der Bundessteuern entzogen werden soll. In Graz sei mit dieser Arbeit eine grosse Zahl von Beamten beschäftigt, für die dann keine Verwendung bestünde. Die Bürgermeister Gruber und Sichlrader sowie Stadtrat Dr. Fischer brachten einige weitere Anliegen der Städte vor. Bundeskanzler Dr. Buresch teilte mit, dass die Bestimmung über die Steuereinhebung in Wien und Graz durch Bundesorgane in die neue Vorlage nicht aufgenommen worden sei. Die Ausgabe von Kommunalobligationen und eine Bundeshilfe an die Gemeinden zur Unterstützung ausgesteuerter Arbeitsloser werde die Regierung ebenso wie die übrigen Forderungen der Städtevertreter ernstlich prüfen.

Ein Arbeitsjubiläum.

Heute, Dienstag, feierte Frau Leopoldine Skarek, Verkäuferin bei der Metallwarenfabrik Johann Schwetz, das fünfzigjährige Jubiläum ihrer Beschäftigung bei dieser Firma. Aus diesem Anlass hat Bürgermeister Seitz an die Jubilarin ein herzliches Glückwunschsreiben gerichtet und ihr ein Ehrengeschenk übermitteln lassen.

Die Heizung der Wiener Schulen.

Der Stadtschulrat teilt mit, dass die ihm unterstehenden Schulen angewiesen wurden, von Montag, den 28. September, an die Schulräume, soweit die Temperatur es erfordert, zu heizen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 304
KARL HONAY

III. Ausgabe.

Wien, am 29. September 1931.

Ersparungsmaßnahmen beim Personalaufwand bei der Gemeinde Wien.

Die vom Personalreferenten der Gemeinde Wien, amtsführenden Stadtrat Paul Speiser, seit mehreren Wochen geführten, auf eine Entlastung des Personalaufwandes abzielenden Verhandlungen, die auf Grund eines am 1. August dieses Jahres vom Bürgermeister an die zuständigen Gewerkschaften und Vertreter des Personales gerichteten Schreibens eingeleitet wurden, sind nunmehr für grössere Gruppen von städtischen Angestellten zum Abschluss gekommen. Mit den meisten Gruppen wurden am heutigen Tage endgiltige Vereinbarungen getroffen. Nach den getätigten Abschlüssen werden die zweimal im Jahr fälligen Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtzuschüsse) um je 25 Prozent herabgesetzt, und zwar erstmalig im Dezember 1931. Bei den Verhandlungen wurde auch vereinbart, dass die Prozentsätze der Pensionsbeiträge um 3 erhöht werden. Auch bei den Ruhe- und Versorgungsgenüssen soll ein Rücklass von 3 Prozent geleistet werden. Der Rücklass von den Ruhe- und Versorgungsgenüssen entfällt bei Familienerhaltern und Doppelwaisen, sofern ihr Pensionsbezug den Betrag von monatlich 170 Schilling nicht übersteigt. Die Erhöhung der Pensionsbeiträge tritt mit 1. Oktober 1931, die Leistung der Rücklasse von den Ruhe- und Versorgungsgenüssen mit 1. November 1931 in Kraft.

Freiwilliger Verzicht des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte auf einen Teil ihrer Bezüge.

Der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte haben beschlossen, die Gehaltsregelung der Bundesangestellten nicht abzuwarten, sondern gegenüber den letzten vor Inkrafttreten der Besoldungssteuer bezogenen Gebühren freiwillig auf zwanzig Prozent ihres Einkommens zu verzichten. Sollte das Bundesgesetz eine darüber hinausgehende Kürzung bringen, so wird sie selbstverständlich Anwendung finden. Die Einkommenkürzung tritt am 1. Oktober in Kraft.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

305

Wien, am 30. September 1931.

Die Durchfahrt durch die Strassenzüge in der Wohnhausanlage "Am Wienerberg" - "Spinnerin am Kreuz" verboten.

In der städtischen Wohnhausanlage "Am Wienerberg - Spinnerin am Kreuz" in Favoriten und in Meidling wurden bisher die in der Wohnhausanlage befindlichen Wohnstrassen von fremden Fahrzeugen auch zur Durchfahrt benützt. Dabei wurde häufig allzusehr schnell gefahren, sodass die Sicherheit der auf diesen verhältnismässig schmalen Wohnstrassen gehenden Passanten mitunter gefährdet wurde. Um diese Unzukömmlichkeiten abzustellen, hat der Magistrat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion die Durchfahrt durch den Ahornhof, Fliederhof und Birkenhof verboten. Die Zufahrt von den Randstrassen in die Wohnhausanlage ist ebenso wie die Abfahrt nur auf dem kürzesten Weg zulässig. Uebertretungen dieser Verordnung werden von der Bundespolizeidirektion gemäss dem Wiener Strassenpolizeigesetz mit Geldstrafen bis zu fünfhundert Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu vier Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann. Durch das Verbot der Durchfahrt wird der übrige Strassenverkehr in keiner Weise beeinträchtigt, weil die Wohnhausanlage einerseits auf der Wienerbergstrasse, andererseits auf der Unteren Meidlingerstrasse umfahren werden kann. Zwischen diesen beiden Strassen führen die Strasse entlang des Fliederhofes, die Strasse entlang des Ahornhofes, die Rotdornallee und die Kastanienallee; sie sind öffentliche Verbindungsstrassen, die hinreichend breit sind und dem Verkehrsbedürfnis voll auf genügen.

Die Fleischbeschaugebühren im Oktober.

Wie der Magistrat mitteilt, beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober dieses Jahres 1'37 Schilling. Die gleiche Grundgebühr ist für die tierärztliche Untersuchung von Tieren festgesetzt worden, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- oder ausgeladen werden.

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Morgen, Donnerstag, tritt um 17 Uhr die Bezirksvertretung Währing zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Mütterschule der Stadt Wien.

Im Rahmen der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 8. Oktober ein Säuglingskurs, der einschliesslich eines Praktikums im Zentralkinderheim der Stadt Wien/umfassen wird. Der Kurs wird insgesamt 12 Abende an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 stattfinden. Anmeldungen in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, Telefon B 25-4-19.
